

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschland

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befehlshof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigeschossige Petitzelle oder deren Raum 30.-

Inhalt: „Christlich-nationaler Arbeiterkongress.“ — Politische Umstöße. — Maurerbewegung: Streits, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. Aus Ungarn. — Centralbankenkasse. — Von Bau: Aufsätze, Arbeitsericht, Subventionen etc. — Aus Unternehmertreissen. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## „Christlich-nationaler Arbeiterkongress.“

Dieser Versammlung von Vertretern „christlicher“ und „nationaler“ Vereine — denen wir die Bezeichnung Arbeitervereine im wahren Sinne des Wortes nicht zugesetzen —, die vom 20. bis 24. Oktober in Berlin stattgefunden hat, haben wir bereits zu ihrem Zusammentritt einige kritische Bemerkungen gewidmet. Es war der zweite derartige Kongress, und er hat sich „bewährt“ in dem Geiste, der den ersten charakterisierte, der vor vier Jahren in Frankfurt a. M. stattfand. Heute wie damals das Buhlen um die Gunst der herrschenden Gewalten, Klassen und Parteien, in Verbindung mit demonstrativer Feindschaftsfundgebung gegen die Sozialdemokratie. Angewählt sollen in Berlin 300 „Delegierte“ 1 176 000 organisierte Arbeiter, Arbeitersinnen und Angestellte vertreten haben. Tatsächlich sind viele der „Delegierten“ weder als Arbeiter noch als Arbeitervertreter anzusehen, da sie zum Stande der Unternehmer, Geistlichen und Angestellten gehören. Und unter den angeführten Gesamtzahl der Mitglieder der vertretenen Organisationen sind ohne Zweifel Tausende, die Mitglieder mehrerer Organisationen, doppelt und dreifach gezählt. Auch die deutsch-nationalen Handlungsgeschäfte, die sich sonst energisch verbitten, zu den Arbeitern gerechnet zu werden, sind in die Gesamtzahl eingerechnet.

An die freien Gewerkschaften hat man selbstverständlich nicht das Ansehen gefestigt, Vertreter zu schicken; hätte man das gewollt, die Einladung würde jedenfalls mit bestehendem Särsamus zurückgewiesen worden sein. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben ebenfalls nicht teilgenommen, weil ihnen die Form der Einladung nicht sonnenreicher. Der Zentralrat dieser Vereine lehnte die Einladung ab, mit der Begründung, daß für diesen Kongress „nicht das einheitliche Zusammenwirken aller nationalen Arbeiterberufsvereine das entscheidende Merkmal ist, sondern die Anerkennung der christlichen Richtung dieses Teiles der Arbeiterbewegung“. Hinzugefügt wird: „Der von einem aufrichtigen Freunde einer einheitlichen nationalen Arbeiterbewegung unternommene Versuch, eine Basis zu schaffen für das Zusammenwirken aller nationalen Berufsvereine auf dem Kongress, schlägt fehl. Für die deutsche Arbeiterbewegung außerhalb der internationalen Sozialdemokratie kann es aber nur einen gemeinsamen Boden geben: die partei- und kirchenpolitisch unabhängige, nationale Organisation. Erst dann, wenn dies begriffen und anerkannt wird von allen außerhalb des Marxismus stehenden deutschen Arbeiterorganisationen, wird die praktische deutsche Arbeiterbewegung machtvoll emporstreben können zum Segen für die Arbeiter und für das deutsche Vaterland.“

Auf diese Begründung seiner Ablehnung braucht der Zentralrat nun gerade nicht sonderlich stolz zu sein. Das Pochen auf den „nationalen“ Charakter der Vereine, die berufen sein sollen zu einer „einheitlichen Arbeiterbewegung“, allein ist nicht minder absurd, als die Verknüpfung des „nationalen“ Standpunktes mit dem „christlichen“. Der vernünftige Mensch belächelt sowohl das Schlagwort „nationale Gesinnung“, wie die Phrase von der „christlichen Weltanschauung“.

So waren die „Christlichen“ und „Nationalen“, denn wieder hübsch unter sich. An Ehrungen hat es ihnen nicht gefehlt. Der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, der Nachfolger Posadowsky,

war mit einem großen Stabe von Geheimräten erschienen um eine längere Rede zu halten. Er sagte, man habe die Güte gehabt, ihn einzuladen, und er sei dieser Einladung „mit Freuden gefolgt“, denn das Amt zu dessen Führung er berufen worden, gehe auch die Verhältnisse des Arbeiterstandes an. Er sei dankbar für die ihm gebotene Gelegenheit; „mit Vertretern der verschiedenen Berufsstände in persönlicher Verführung zu kommen“. Weiter sagte er: gewiß sei es „natürlich und vollberechtigt, daß Arbeiter sich zu Vereinigungen zusammenfinden, um ihre wirtschaftliche, soziale und fittliche Wohlfahrt zu heben“. Aber — hübsch artig und wohlgesint müssen sie sein, so wie die Regierung und die herrschenden Klassen es wünschen, nicht böse Sozialdemokraten; denn die üben „Terrorismus“. Die sozialdemokratische Bewegung benötige „die Waffen des rücksichtslosen Zwanges“. So behauptet der Staatssekretär, wie es von ihm schon so oft behauptet worden ist: „Sie“ — so fuhr er fort — „wollen mit anderen Mitteln arbeiten, Sie wollen, daß unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundsäulen aufgerichtet werden, die ihnen eine glückliche Zukunft sichern: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit“. Es handelt sich darum, daß Sie unter Festhalten am Vaterlande, an der Treue zu Kaiser und Reich und an der von den Vätern überkommenen Religion für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter entschlossen, aber gemeinsam mit den anderen Mitgliedern unseres deutschen Volkes zusammenarbeiten wollen, daß Sie dieses Programm immer fester ausgestalten und bei ihm austarren, unbedimmt um die Werbungen und Verlockungen von links her.“

Die „Christlichen“ jubelten dem Herrn v. Bethmann-Hollweg ob dieser Predigt zu. Aber außerhalb dieser Kreise wird er mit solcher Art, die Arbeiterbewegung zu beurteilen, keinen Beifall finden. Schließlich verheisst er Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung: Reichsvereinigungsgesetz, Novelle zur Gewerbeordnung und Arbeitskammern. Seine Ausführungen klangen aus in einer Bitte an die Versammlung, „dem Wohl des gesamten Vaterlandes zu dienen“. Wenn er nur auch gesagt hätte, worin sich dieses Wohl seiner Meinung nach begreift. Was dürfen und was müssen die Arbeiter denn nun eigentlich tun, um ihre Lage zu verbessern? „Treue zum Monarchen“ und „religiöse Gesinnung“. Kurraschreien und Beten macht sie nicht satt. Zum Fleiß braucht auch ein Minister sie nicht zu ermahnen. In ehrlicher Arbeit, ehrlicher Religiosität, in Nüchternheit und Zufriedenheit geben ihnen die herrschenden Stände und Klassen wahrscheinlich Beispiel. Himmelhoch erhoben über die Moral der besseren und besten Gesellschaft ist die der Arbeiterklasse. Wenn sich „Autoritäten“ berufen glauben, sie zum „Wohlverhalten“ zu ermahnen, so mag „christliche“ Rückständigkeit sich daran begegnen; der aufgeklärte, sich seiner Menschenrechte und ferner Menschenwürde bewußt gewordene Arbeiter lädt mitleidig zu derartigen Leistungen der bevormundenden Geister.

Nach dem Staatssekretär versicherten reaktionäre Abgeordnete, der Konservative Pauli-Potsdam, der Nationalliberale Schnabach, der Freikonservative Linz, der Antisemit Liebermann und der Zentrumsmann Grzberger den Kongress ihrer Sympathie. Natürlich fehlte auch eine Huldigungskundgebung an den Kaisern nicht. Damit war denn der „nationale“ und „patriotische“ Charakter der Veranstaltung von vornherein genügend konstatiert.

Der Gewerkschaftssekretär Stegerwald-Cöln erstattete ein Referat über die politische Lage. Er

bereitete den Herren von der Regierung und den Blockpolitikern die unangenehme Überraschung, vom Wahlrecht zu sprechen: „Es sei häufig die Rede davon, daß in Deutschland am besten für die Arbeiter georgt sei und daß es daher unerklärliech erscheine, warum die Sozialdemokratie ihre heutige Stärke erlangt habe. Daraus folgerte man, daß die Arbeiter überhaupt nicht zufriedenzustellen seien, weshalb es an der Zeit sei, einmal in der Fortführung der Sozialpolitik zu rasten. Die eigentlichen Kulturaufgaben seien in Deutschland fast ausnahmslos den Bundesstaaten und Gemeinden überwiesen; zu diesen war aber den unteren Klassen infolge platzkraffischer Wahlsysteme der Zugang gleichsam versperrt. Auch die christlich-nationalen Arbeiter empfanden die Wahlhelfer, insbesondere dasjenige zu dem Landtag des größten Bundesstaates, als die denkbar größte Unrechtmäßigkeit. Sie sind gegen den Klassenkampf von unten, aber auch ebenso gegen einen solchen von oben, und verlangen daher, daß endlich einmal mit diesen veralteten Klassenwahlrecht aufgeräumt wird. Selbst heute könne man sich bis zu den höchsten Regierungsstellen in die Gedankenwelt der Arbeiter nicht hineinfinden. Sonst hätte man in den letzten Jahren, wo sich eine aussichtsreiche christlich-nationale Arbeiterbewegung gebildet hat, die gesetzliche Sozialreform nicht auf ein tötes Geleise stellen dürfen. Ja noch mehr; man hat ancheinend selbst für diese Bewegung nur ein platonisches Interesse. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung mußte es als eine Missachtung ansehen, daß der erste Beamte des Reiches die „gelben Gewerkschaften“ bei ihrer Hamburger Tagung beglückwünschte. Diese kraft- und softlosen Vereinigungen bedeuten am letzten Ende nur eine Förderung der Sozialdemokratie. Als eine Anzeigung unserer Gewerkschaften ansehen wir die Protektion der gelben Gewerkschaften ansehen. Auch über die Behandlung unserer Bewegung seitens der Behörden müssen wir uns beklagen. Den vom Gesamtvorstand christlicher Gewerkschaften Deutschlands angestellten italienischen Sekretär hat man aus Preußen ausgewiesen, weil er seine Landsleute abholt, Streikreihen zu leisten. Auch soll er zu radikal geredet und geschrieben haben. Der Erfolg davon war, daß sich die sozialdemokratische Bewegung unter den Italienern doch im Westen Deutschlands um so stärker ausbreite.“

Zu der sozialpolitischen Arbeit des Reichstages in den letzten Jahren übergehend, sagte der Redner: „Die Erste war äußerst arm. Beim Überblick über die sozialpolitische Lage möchte man überhaupt den Eindruck gewinnen, als leide die Regierung den Schriftmägern und sozialpolitischen Bremsern ein viel zu williges Ohr.“

In der Debatte erklärte der Delegierte Fischer-Reutlingen: „Man verlangt stets von den Arbeitern, daß sie gute Patrioten seien. Auf der anderen Seite behandelte man sie aber als minderwertige Individuen, die nicht fähig seien, das Wahlrecht, die Gewerbeimpfung etc. auszuüben. Wir wollen die politischen Parteien verpflichten, überall für das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht einzutreten. Wir werden ja dann sehen, ob die Liebeserklärungen der Parteien nur platonische sind, ob es ihnen Ernst ist mit der Gleichberichtigung der Arbeiter, oder ob man nur an ein neuerliches patriarchalisches Arbeiterrecht denkt.“

Was geschah nun? Wie stellte sich der Kongress zu der Frage der preußischen Wahlrechtsreform? Er lehnte es ab, sich mit ihr zu beschäftigen. Die wichtige Frage, die jetzt im Mittelpunkt des politischen Interesses steht, spricht für die Mehrheit der „christlichen“ und „nationalen“ Männer nicht, zur Freude der Reaktionären vom Regiment.

Eine Reihe von Resolutionen fand Annahme. Es wird gefordert: Verhältnismäßiges System für alle Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrichts; Gleichstellung der Konsumgenossenschaften mit anderen Genossenschaften; ein Reichsberggesetz; Reform der Arbeiterversicherung; Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in diese Versicherung und Gewährung des Koalitionsrechts an diese Arbeiter; ein Reichsvereinsgesetz; Einbeziehung der Haushalte betreibenden in die Versicherungsgegabung, Gewerbeinspektion usw.

Es sind das alles Forderungen, für die gerade die auf dem Kongress so feierlich verschmiede Sozialdemokratie stets entschieden eingetreten ist. Schon ehe es „christliche“ und „nationale“ Arbeiterorganisationen überhaupt zu einer Stellungnahme zu ihnen gebracht hatten. Eine gegen die gelben Gewerkschaften gerichtete Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der Kongress erklärt sich als Vertretung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck gegen die unter dem Sammelnamen „gelbe Gewerkschaften“ bekannten Vereinigungen, die in der Regel im Interesse der Unternehmer gegründet und von diesen abhängig sind. Diese Organisationen können den Arbeitern statt größerer wirtschaftlicher Vorteile und Staatsbürglerlicher Freiheiten nur Abhängigkeit, statt Sicherung der Arbeiterrichts höchstens Wohlbücher bieten, und an Stelle der Erziehung der Arbeiterschaft zum Standesbewußtsein, zur Selbstständigkeit und Selbsthilfe werden durch die gelben Vereinigungen wehrlose und daher stets willfährige Hülstruppen der Unternehmer geschaffen. Diese „gelben“ Organisationen aller Art sind daher als Zwieträger und Verräte anzusehen, welche die wuellen und materiellen Interessen der Arbeiterschaft nur empfindlich schädigen. Die Kongreßteilnehmer sind überzeugt, daß die „gelben“ Organisationen gebildet wegen ihrer reaktionären Tendenzen den nationalen Interessen des deutschen Verbundes keineswegs förderlich sein können. Nur charaktervoller, zum selbständigen Denken erzeugender, vaterländisch gesinnte Arbeiter können als Staatsbürgler den modernen Anforderungen der Nation und den Interessen der allgemeinen Volkswirtschaft genügen leisten. Der Kongress fordert daher die ihm angegeschlossenen Organisationen auf, die sogenannten „gelben“ Arbeitervereinigungen scharf zu überwachen und vor allem ihrem weiteren Vordringen durch Festigung und Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen träftigen Damm entgegenzusehen.

Wer aber hat den gelben Gewerkschaften den Boden bereitet? Das auf die Berücksichtigung der Arbeiterbewegung gerichtete, nicht nur von Geistlichen im Interesse der Unternehmer, sondern auch von Unternehmern selbst geforderte „christliche“ Gewerkschaftswesen! Die Christlichen haben quer das Beispiel organisierten Streiks und Lohnbrüderstums gegeben.

In einer Schlüßbetrachtung sagte derselbe Herr Stegerwald, der die Wahlrechtsfrage angeschritten hatte, unter stürmischem Beifall der Versammlung: „Ich konstatiere, daß hier kein politischer Kongress, sondern ein Arbeiterkongress getagt hat!“ Hohnvoller wider Willen konnte dieser Mann den Kongress nicht charakterisieren. „Würdig“, wie er begonnen, endete der Kongress mit dem Besluß: seine Resolutionen beim Reichskanzler durch eine Deputation überbringen und begründen zu lassen! Also setzte sich die Deputation auf die Eisenbahn und fuhr zum Kanzler nach Klein-Flottbek bei Altona. Und ihr Führer sprach zu Durchlaucht, wie sich's für einen „christlichen“ und „nationalen“ schickt; er empfahl die von ihm vertretenen Organisationen und ihre Forderungen dem Wohlwollen des leitenden Staatsmannes, schließend mit der Versicherung, „daß die auf dem Kongress vertretenen Arbeiter erfüllt sind von herzlicher Treue und Liebe zu unserem erlauchten Kaiser und unserem deutschen Vaterlande“. Durchlaucht erwiderte, es sei ihm eine aufrichtige Freude, die Delegierten bei sich zu sehen. Mit Genehmigung entnahm er der Entwicklung der von der Deputation vertretenen Organisationen, „daß in den deutschen Arbeitern noch in weiten Kreisen eine Stätte für die Verfestigung christlich-nationaler und monarchischer Gesinnung vorhanden sei; die Sozialpolitik nach dem Willen des Kaisers werde fortgeführt werden; doch müsse die Arbeiterschaft „frei sein von übertriebenen Forderungen“. Wie das gemeint ist, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen.

Damit hatte die „große Veranstaltung“ ihr Ende erreicht. Die christlich-nationalen Brüderchaft ist mal wieder beisammen gewesen. Und die Dinge nehmen nach wie vor ihren natürlichen Verlauf, die freien Arbeiterorganisationen, die unabhängige Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie wird wachsen und erstarren. Und das „christlich-nationalen“ Organisationswesen wird nicht mitkommen, trotz aller Protektion von oben.

### Politische Umschau.

Die Notizle zur Gewerbeordnung trifft nach der kürzlichen Zeitung die Festlegung der lediglich ständigen Marginalarbeitswoche für Arbeiterinnen und bestimmt dabei, daß täglich nicht über elf Stunden gearbeitet werden darf, wie dies bereits in dem bisherigen Gesetz festgelegt ist. Die Maßnahme ist für Arbeiterinnen wird gemäß der Berner Konvention verboten, dagegen enthält der Entwurf weder das Verbot der Migranten der Arbeit ins Haus noch den Marginalarbeitswoche für die Arbeiter. In der Begründung zum Entwurf wird dies ausdrücklich abgetreibt. Der Vorschlag der Marginalarbeitswoche bei einer ständigen Arbeitszeit am einzelnen Tage wird in der Praxis darin führen, daß an dem ersten fünf Werktagen wie seither von den Arbeiterinnen elf Stunden gearbeitet werden muss, am Sonnabend Vormittag, aber nur von 7 bis 12 Uhr, so daß der Nachmittag für die Arbeiterinnen frei werden wird. Neben die Neuregelung der Sonntagsruhe enthält der Entwurf keinerlei Bestimmung.

Solange Graf Posadowsky am Ruder war, versautete, es solle sich um die zehnstündige Arbeitszeit handeln.

**Das Brautweinmonopol soll kommen.** Der Reichsfinanzminister dauert an. Die Reichsregierung braucht zur Besteuerung der Ausgaben für Heer, Marine und Kolonialpolitik immer neue Einnahmen und deshalb auch neue Einnahmequellen. Die selbstgenen, die böse und indirekten Steuern, liefern bei weitem nicht mehr genug; sie zu erhöhen und zu vermehren, ist eine schwer Aufgabe. Woher der Mehrbarbatz nehmen? Da die Regierung auf das Projekt des Brautweinmonopols verzichten will; das Reich soll von den Preußen alle Vorrate aussaugen und zu bestimmten Preisen in den Handel bringen. Daraus sollen zunächst etwa 70 bis 80 Millionen jährlich gewonnen werden.

Es ist dies dasselbe Projekt, das schon vor 20 Jahren Fürst Bismarck dem Reichstag vorgelegt hatte; von diesem aber mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Monopolisiert ist ja die Spiritusbildustrie und der Spiritusmonopol bereit durch ein Syndikat. Aus diesem Privatmonopol soll nun ein Reichsmonopol gemacht werden. Werdings nicht zum Nachteil der Preußen, denn diese sollen für ihr Produkt Preise erhalten, bei denen sie bestehen können. Privatindustrie und Reich sollen gemeinsam ein gutes Geschäft auf Kosten der Konkurrenten machen. Gegen dieses Projekt muß sich die entlassene Opposition erheben. Es widerspricht allen gefundenen politischen Grundsätzen, einer reaktionären Regierung Monopol zur Ausbeutung zu gewähren. Insbesondere bleibt dagegen einzuwenden, daß ein Monopol als feste und sicke Einnahmequelle das Budgetbewilligungsberecht des Parlaments durchbricht; es übersteht die Regierung der verfassungsschützenden Kommissionen, sich ihre Ausgabensummen jährlich vom Reichstage bewilligen zu lassen. Die Mittelwirking der Volksvertretung, der Frage der Volksbelastung wird eingeschränkt oder ganz ausgeschlossen und die Macht der Regierung wird ins Ungeheure verstärkt. Kommt das Brautweinmonopol, so werden die Spezialsabteilungen reiche „Staatspensionäre“ und das konziliante Volk ist ihnen und der Reichsstaat tributpflichtig. Überdies wird man auf diesem Wege die Finanznot des Reichs nicht befreien. Den Reichsfinanzdolts werden wir nicht los, bis das herrschende System mit seinen stetig wachsenden Forderungen für Militarismus und Weltmachtspolitik überwunden ist.

**Christlich-soziale Arbeiterorganisationen in Amerika.** Eine derartige Organisation hat bis nun auch in den Vereinigten Staaten gebildet. Die sozialdemokratische „New Yorker Volkszeitung“ lebt die Aufmerksamkeit der Genossen auf sie, „weil viele der täglichen Mitglieder dieser Organisation gleichzeitig tätige Mitglieder der sozialistischen Partei sind!“ — Der Hauptring der Christlichsozialen in Chicago, ihr Organ der „Christlichen Sozialität“.

Dieses Blatt beantwortet die Frage, weshalb die „Christen“ sich gesondert organisiert haben, davon: „Unsere christlichen und sozialistischen Genossen haben die Kirchenleitung mit dem Gedanken erfreut, daß sie ihr Christentum aufgeben müssen, wenn sie Sozialisten werden wollen. Es gibt aber Millionen von Kirchenleuten, die wir gewinnen müssen, ehe wir das neue System durch unsere Stimmenwahl verwirklichen können. Aber wir werden nie für unsere Sache gewonnen werden, wenn sie glauben, daß sie die Kirche sind, die ihr ganzes Leben lang für heilig gehalten haben, aufzugeben müssen. Als christliche Sozialisten stehen wir ein für wahre Religion ebenso wie für den Sozialismus und geben eine Zeitung heraus, welche die Kirchenleute lesen werden.“ Rät uns in die mächtige Frage: wie erreichen wir die Millionen? Wenn der „Christian Sozialist“ die Kirche und das Vorurteil gegen den Sozialismus bestätigt, so ist das das beste Propagandaorgan im Felde. Denn jedermann, der nichts von Sozialismus weiß, hat diese Furcht und dieses Vorurteil.“

Das Blatt glaubt also, die Vermittlerrolle zwischen „Christen“ und Sozialdemokratien spielen zu können. Gegen seine Aussführungen wendet sich die „New Yorker Volkszeitung“ mit der Erklärung, daß es sich bei dieser Bewegung, der viele Christen angehören, nicht um eine Förderung des Sozialismus als Christentum, sondern umgekehrt um eine Förderung des Christentums durch den Sozialismus handelt, was viele Genossen noch nicht durchdrückt haben. Man möchte gern aus der Partei eine Art Heilsarmee machen und ihr die revolutionäre Energie rauben. Die „Volkszeitung“ warnt daher davor, jene Bewegung Einfluss auf die Partei gewinnen zu lassen.

Man sollte meinen, die „christlichen“ Arbeiter Amerikas könnten lernen aus dem Missbrauch gegen die Interessen der Arbeiterklasse, der in Deutschland mit „christlichen“ Organisationen seit Jahrzehnten getrieben wird. Und auch das Beispiel, das die amerikanischen Kapitalisten, die Trustleute, geben, wäre ihres Nachdenkens wert. Die Herren, die der Präsident der Union, Roosevelt, die „rechten Räuber“ genannt hat, pließen auf das, was man „christliche Moral und Gerechtigkeit“ nennt. Sie kennen keine religiösen Unterschiede; ob sie Katholiken, Protestanten oder Juden sind, sie räubern und schänden in schönster Hartmannie das Volk aus. Aber „christliche“ Arbeiter

finden darum genügt, sich von pfiffiger Spekulation zur Berücksichtigung der Arbeiterbewegung missbrauchen zu lassen, wo doch die Einigkeit der ganzen Arbeiterklasse im Kampf gegen die reichen Räuber so unbedingt nötig ist. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie verläuft das „christliche“ Arbeitergewissen sich wohl gar dem Mammonismus.

### Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.** Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten.

### Deutschland:

#### Maurer:

**Schleswig-Holstein:** Kellinghusen, Wrist, Wulsmoor (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Segeberg (Differenzen), Wedel (Sperre über Hatje);

#### Mecklenburg:

Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke);

#### Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus);

#### Pommern:

Gammern (Streik), Pyritz (Sperre über Friedt, Berg), Torgelow (Sperre über Rambow);

#### Ost- und Westpreußen:

Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt), Deutsch Eylau (Sperre über Kasernenebau), Unternehmer Kaum, Graudenz (Sperre über Sawatzki);

#### Posen-Schlesien:

Ohlau (Sperre über Rother, Kern und Jander), Peisterwitz (Sperre über Gerlach und Wiesner), Muskau (Sperre über Stülpnagel), Waldenburg (Sperre über Tässler in Neu-Salzbrunn);

#### Königl. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäuden, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstraße, in L. Göllis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstraße, in L. Gauß, Fr. Probst & Co., Spinnereistraße, in L. Leutzsch Eisengiesserei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstraße, und M. Steyskal, Sohstrasse, Colditz (Streik);

#### Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks);

#### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wunstorf (Streik), Celle, Norderney (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Hönnerebach);

#### Rheinland:

Crefeld (Streik), Kaiserswerth (Sperre über Oster & Rosch);

#### Hessen und Waldeck:

Rüdesheim - Geisenheim (verschiedene Sperren), Mainz (Sperre über A. Westenberger), Oppenheim (Sperre über V. Kurz), Giessen (Sperre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalkalden (Sperre über Peter);

#### Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperre über den Schulneubau), Neustadt a. d. Haardt (Sperre über den Sägemühlenebau Kriegshäuser & Sohn);

#### Bayern:

Seib (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperre über Gebr. und Halt), Wasserburg (Sperre über Nübauer), Altötting (Sperre über Lehner, Rathausbau), Blossen (Streik);

#### Fliesenleger:

Barmen-Ellerfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschnowsky und Rummenöhle), Duisburg (Sperre über Gebr. Böning und Krüsken);

#### Schweiz:

Basel, Chaux-de-Fonds (Streiks);

#### Oesterreich:

Leitomischl, Chotzen, Wildenschwert (Aussperrungen), Hohenmauth (Streik);

#### Ungarn:

Arad, Csongrád, Gyula, Kecskemét, Nyíregyháza, Petroszny, Székelyhervár, Vác, Zsombolya (Aussperrungen).

#### Holland:

Arnhem (mehrere Sperren).

\* Arbeitsgelegenheit ist in Oldebroek, es werden dort jetzt 20 Maurer gesucht.

#### Gau Berlin:

Die Bewegung der Berliner Fliesenleger ist in ein kritisches Stadium eingetreten. In den Verhandlungen stellen die Unternehmer pfiffig das Ultimatum: entweder den alten Tarif um zwei Jahre verlängern oder den von ihnen aufgestellten Tarif mit der Abänderung anzunehmen, daß die Belegschaft den Aktionslohn der freien Betriebserlaubung überlassen bleibt. Bis zum 25. Oktober wollten die Herren unsere Entscheidung haben. Zu diesem Zweck tagte am 24. Oktober eine gemeinsame Versammlung der Fliesenlegerorganisationen, die folgende Resolution annahm.

Die Versammlung der Fliesenleger und Hölzergäste ist der Ansicht, daß zu einem Vorgehen der Fliesenleger, wie





ansteckende Krise ist die Mitgliederzahl im letzten Quartal etwas gesunken. Ein ziemlicher Prozentsatz der Kollegen hat auf Bedenken und Fabrikarbeitsgelegenheit genommen, um den etwa im nächsten Jahre kommenden Dingen dadurch aus dem Wege zu gehen. Am 1. Oktober betrug die Mitgliederzahl 1005, gegen 1100 am 1. Juli. Trotz der geringeren Mitgliederzahl ist die Einnahme größer geworden. Aufgenommen wurden 156 Kollegen; davon zählten 18 ein Eintrittsgeld. 24 traten aus anderen Verbänden über. An Beitragsmarken wurden 14 399 an die Mitglieder verabschiedet, das sind 687 mehr als im vorigen Quartal. Extramarken wurden 5312 verkauft. Die Gesamteinnahme der Hauptstelle beträgt M. 10 899,50. Sie ist um rund M. 4000 höher als im zweiten Quartal. Im Durchschnitt berechnet, entfallen auf das Mitglied 5,8 Extramarken. Befriedigend ist dies Resultat nicht. Vornehmlich die Italiener sträuben sich, diesen Beitrag zu entrichten. Nur einige Kollegen, die wohl recht gerne den doppelten Lohn nehmen würden, aber für die Organisation nur mit Widerwillen ihren Beitrag entrichten, sind dieserhalb fahnenflüchtig geworden. Vielleicht finden diese im christlichen Verband ein Unterschlupf, dort gehts ja nicht so genau. Erzählte doch der sattsam bekannte Weise einigen unserer Mitglieder, um sie für sich zu gewinnen: „Kommt bei uns, da braucht Ihr keine Extramarken zu leben.“ So geht man auf den Gimpelung. Die „Baugewerkschaft“ schreibt: „Wer seine Extramarken nicht entrichtet, verliert seine Rechte.“ Man fragt sich, ist das nicht Komödie? Glück hat der „Anton“ trotzdem nicht gehabt. Wir rufen unseren Mitgliedern zu: Ihr beanpricht gleiche Rechte, also habt Ihr auch gleiche Pflichten. Betelemt Ihr Euch zum Verband, dann habt Ihr die Extramarken zu leben, einen Ausweg gibt es nicht.

Kollegen! Seid mit tätig für den weiteren Ausbau und Stärkung unserer Organisation, dann können wir getrost in die Zukunft blicken.

**Cöln a. Rh.** In der bürgerlichen Tagespresse wird über eine öffentliche Bücker- und Fügerversammlung berichtet, die im „Kriegerpalast“ abgehalten worden sei soll. Wir möchten nun zunächst feststellen, daß von einer Bückerversammlung überhaupt keine Rede sein kann, denn die „Versammlung“ war von 58 Personen, einschließlich der drei „christlichen“ Referenten, besucht, und von diesen 58 Personen waren sage und schreibe — sieben Verpußer, die übrigen Teilnehmer waren zum Teil Maurer- und Hüttsarbeiter, aber auch Schneider- und sonstige Berufe waren vertreten. Das einleitende Referat hielt Anton Lange, der sich ja immer auf seine Beschimpfungen der freien Gewerkschaften und besonders der freiegewerkschaftlichen Führer etwas zu guter Letzt. Nach seiner und seiner „Getreuen“ Angabe sollen die freien Verpußer und Füger an der Gebundenenlehranstalt unter dem tariflichen Preise gearbeitet haben. Es hat dieserhalb schon damals eine Aussprache mit dem Bauführer, und zwei Tage später mit dem Unternehmer Kinkeldei in Gegenwart des christlichen Beamten Beder stattgefunden. In dieser Aussprache sollte Beder den Beweis führen, daß der Verpußer M. angeblich einen Sondertarif abgeschlossen habe. Das ist dem Beder vollständig misslungen; seine „christlichen“ Überbringer liegen ihm schmählich im Stich. Es wurde vom Unternehmer Kinkeldei den beiden Beamten erklärt, daß von einem Sondertarif keine Rede sei, er bezahle für die Arbeiten die im Vertrage festgesetzten Preise. Bereitschließt der Fügerarbeiten bemerkten wir, daß die Mauerarbeiten aus Rohbausteinen weiter Sorte hergestellt sind und als solche unter dem im Tarife vorgesehenen Preise bezahlt werden, nämlich zu 45,- pro Quadratmeter. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß derartige Schwundbeile von den Zentrumschriftsteller in die Welt geschmissen werden. So wurden noch in den letzten Wochen in Gegenwart der „Christen“ in verschiedenen Fällen die Behauptungen der „christlichen“ Führer, es sei unter Tarif gearbeitet worden, als unwahr erwiesen — ferner wird im „Volksanzeiger“ behauptet, daß die Beamten der freien Verbände erklär hätten, ihr Einfluß reiche nicht aus, um die freien Verpußer von ihrer Handlungswise abzuhalten. Natürlich ist diese dummkopfreiche Behauptung eine der bekanntesten Lügen der „christlichen“agitatoren. Es ist keinem Angestellten der freien Bauarbeiterorganisationen eingefallen, eine derartige Neuherierung zu machen. Dazu lag ja auch gar keine Veranlassung vor, weil wie wir oben gezeigt haben, in Gegenwart der „Christen“ festgestellt wurde, daß ihre Behauptungen auf Unwahrheit beruhten. Wir möchten im übrigen bemerken, daß dasjenige, was man den freien Organisationen an die Nase hängen will, auf die Zentrumschriftsteller auftrifft. Wir verweisen nur auf den Fall des Verpußers M., wo dieser als Schweißmeister und Preisdrücker beim Unternehmer Bernd und in der Herthastraße in Böllstock bei Görlitz & Cie gearbeitet hat. Hier war es der Zentrumsverband, der Befürworter führt nicht möglich, dem Kreislauf Einhalt zu tun; erst als die freie Organisation die Sperre verhängte, wurden dort geregelte Beziehungen herbeigeführt. Weiter erinnern wir an den Fall des Verpußers F., der bei dem Unternehmer Asbach in der Höhlstraße arbeitete. Auch hier hatte der Einfluß der Zentrumsführer vollständig versagt. Zum Schlusse müssen wir noch darauf hinweisen, daß erst jüngst ein „christlicher“ Verpußer (der Name ist ja den Christenführern bekannt) die Arbeiten billig angenommen hatte, daß er das dazu nötige Material auf nicht ganz rechtmäßige Weise sich verschaffen mußte. Es wird im „Volksanzeiger“ ferner noch gefragt, daß sich die Zentrumsverband überall die erdenklichste Mühe gegeben habe, die Mißstände zu befeitigen. Als aber in einer öffentlichen Versammlung der Plattenleger angeregt wurde, eine gemeinschaftliche Versammlung einzuberufen, um dort die Mißstände im Plattenlegergewerbe zu besprechen, da verhielten sich die Christen ablehnend. Sie haben dadurch bewiesen, daß ihnen die Mißstände gleichgültig sind. Zum Schlusse möchten wir noch bemerken, daß es dem Vorsitzenden der freien Bückerfaktion gar nicht eingefallen ist, daß angebliche tarifwidrige Verhandlungen seiner Kollegen zu entschuldigen; hierzu hatte er gar keine Veranlassung. Den „christlichen“ Führern ist es also nicht gelungen, die Beweise für ihre Behauptungen zu erbringen. Wohl aber

ist bewiesen, daß es gerade ihnen nicht möglich ist, ihre Leute zur Nachachtung gewerkschaftlicher Grundsätze anzuhalten.

**Königsberg.** Hier macht sich die Krise im Baugewerbe schon empfindlich bemerkbar. Schon während des ganzen Sommers war die Bautätigkeit äußerst flau. Während in früheren Jahren, ja 1200—1500 Kollegen gearbeitet haben, gähnten wir in diesem Sommer nur 500, und bei der letzten Bautentrolle am 14. und 15. Oktober gar nur 400 arbeitende Kollegen. In früheren Jahren hatten wir gerade im Oktober noch einmal ein Aufleben der Bautätigkeit, es wurde alljährlich um diese Zeit eine große Anzahl alter hausbüffiger Gebäude, die auch heute noch in Hülle und Fülle vorhanden sind, abgebrochen; in diesem Jahre zählen wir einen einzigen Abriss, und ebenso nur einen Ausbruch. Die Krise ist nun keineswegs etwa darauf zurückzuführen, daß Wohnungen im Überschuss vorhanden wären; gewiß gibt es hier, wie in jeder Großstadt, leerstehende Wohnungen. Sieht man aber in Betracht, daß in mehr als tausend Fällen immer zwei Familien gemeinschaftlich eine Wohnung (zwei Stuben und eine Küche) bewohnen, so kann man ruhig von einer Wohnungsnagel sprechen. Die Bodenbrucher haben, weil Königsberg durch die Festungsmauer eingeschlossen ist, sich also nicht ausbreiten kann, die Preise für den Baugrund enorm gestiegen. Jahrzehntelang arbeiten zum schon die maßgebenden Instanzen“ an der Festigungsfrage, die sich trotz größter Gebeine des Grundbesitzvereins nicht mehr lange zurückhalten läßt, weil die ganze Entwicklung der Stadt davon abhängt. Bereits behilfliche staatliche Bauten, wie der Centralbahnhof, das neue Justizgebäude usw., bedingen die Festigung. Nun wissen wohl die Baulöwen, daß durch die Festigung die von ihnen gesteigerten Bodenpreise ganz bedeutend fallen müssen, folglich arbeitet man dagegen. Auch die Banken scheinen so zu aktualisieren; denn nur so läßt es sich erklären, daß für Baugelder 11,- p.M. gezahlt werden müssen. Krisenverstärkt wird noch die neue Baupolizeiverordnung vom 1. April 1907, nach der der Grund und Boden nicht mehr so ausgenutzt werden kann als früher. Sieht man alles dies in Betracht, so wird man ungefähr die Ursachen der Krise gefunden haben. In vierzehn Tagen werden nun die paar vorhandenen Bauten fast alle abgebrannt sein, und dann werden die gesamten Kollegen das Plaster drücken. Bis jetzt war wenigstens in fast allen Provinzialstädten, bis auf Austerburg, Bartenstein und Pillau, einigermaßen Arbeitsgelegenheit vorhanden. Jedoch, wie das in kleinen Städten in dieser Zeit fast immer auftritt, ist auch dort das Arbeitsfeld so ziemlich abgegräbt. Einige hundert Kollegen, die sonst im Königsberg arbeiten, haben infolgedessen in diesem Jahre in der Provinz gearbeitet. Nicht allein, daß infolge der Provinzialtarif die Kollegen aus der Provinz ziemlich fern geblieben sind, es haben sich auch von hier allein im ersten, zweiten und dritten Quartal 298 Kollegen abgemeldet. Unsere Mitgliederzahl ist trotz 295 Neuaufnahmen von 701 auf 603 Mitglieder gesunken. Sieht man nun in Betracht, daß hier die Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise mit zu dem höchsten in Deutschland zu rechnen sind, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, was unsere Kollegen in diesem Winter bevorstehen. Wo bleibt da die gesuchte Christen? Aber nicht allein, daß die Kollegen schon durch die Arbeitslosigkeit gestrafft sind, es nutzen nun die Unternehmer auch die Organisationszerrüttung nach Hergenlust aus. Mögen die Zustände auf den Bauten noch so erbärmlich sein, verlangen die Kollegen gerechte Zustände; dann gibt es nur eine Antwort: „Wenn Ihr nicht wollt, hole ich mir von Lauffer christliche Maurer.“ Gewiß hat sie Lauffer jetzt hauptsächlich auf Lager, aber es dokumentiert doch dies allgemeine Gerede aller Unternehmer, was sie unter „christlich“ verstehen und wo sie die „Christen“ da sind. Wenn sie Lauffer schlägt, geben sie befannlich überall hin, auch wo es Brügel gibt. Auch Sohnreduzierungen sind an der Tagesordnung. Es gibt „Christen“, die für M. 4,50 Tagelohn bei elfstündigem Arbeitseinsatz arbeiten, wo sie nach ihrem Tarif bei Arbeiten über Land 60,- S. Stundenlohn erhalten sollen. Die Kollegen aber, die sich aus lauter Eigennutz christlich organisiert und nun glauben, Lauffer würde sie ewig mit Arbeit versorgen, schimpfen jetzt wie die Roboter, weil sie nun auch spazieren gehen müssen. Sie glauben bis jetzt, das könne nur den Kollegen vom Centralverband passieren, auf deren Kosten sie die ganze Zeit herumzuhantzen haben. Offenbar öffnet diese Zeit auch den christlichen Kollegen die Augen zur Einigkeit, daß sie auf dem verfehlten Wege sind und daß sie sich durch ihr gemeinschaftliches Treiben schließlich selbst erheblich geschädigt haben. Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortwährend böses muß gebären.“ — Wer trotz der ungünstigsten Verhältnisse die sowohl von den Scharfmachern als auch von den hiesigen Zeitung des christlichen Verbandes in gemeinter Weise ausgenutzt werden, um unsere Organisation zu vernichten, wird diese Gesellschaft den Plan doch wohl aufzugeben müssen. Soviel steht fest, wäre in diesem Jahre einigermaßen Arbeit gewesen, dann hätten die Unternehmer vollständig auf den Kreiden gelesen. Unser Einfluß in der Provinz ist bedeutend gewachsen. Die Löhne sind auf 4050,- gebracht; dadurch haben wir Königsberg von der Provinz ziemlich isoliert. Wir erinnern nur daran, daß sich die Unternehmer schon im vorigen Jahr Italiener holen mußten. In diesem Frühjahr waren nur 65 Bauten in Arbeit, trotzdem konnten man keine Maurer erhalten, infolgedessen konnte eine ganze Anzahl Bauten am 1. Oktober nicht bezogen werden, weil sie nicht die vorgeschriebenen Kreiden durchgemacht hatten. Wiederholte haben sich Geldeber bei uns beschwert, wie es kommt, daß keine Maurer zu reisen. Wir haben ihnen erklärt, bedanten sie sich bei Herrn Lauffer, der hat sie alle rausgegraut. Und sie ist es auch. So dumm sind die Kollegen in der Provinz nicht mehr, daß sie sich zu Sklaven degradieren lassen. Wir haben also keine Urkache, haftungslos in die Zukunft zu blicken, die Krise kann nur ihre Zeit dauern, ist diese aber vorbei, dann wird auch Herr Lauffer mit seinen ganzen Handlungen seine Rolle ausgepielt haben und man wird sich mit uns absfinden müssen. Das die Kollegen durchaus noch lange nicht mussen finden, beweist auch eine öffentliche Versammlung am 16. Oktober, in der Kollege Silberschmidt-Berlin über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und unsere nächsten

Aufgaben referierte. Wer die Versammlung gesehen hat, und den Ernst, der auf allen Gesichtern lagerte, der wird die Überzeugung gewonnen haben, daß sich das, was das Unternehmertum und seine Helfer den Kollegen angeladen hat, bei geeigneter Zeit bitter rächen wird. Diese Beziehungen haben ein großes Leid dazu beigetragen, daß unsere Kollegen von der freien Vereinigung dem Übertritt zum Verband schon sehr sympathisch gegenüber stehen, was, wenn es bald vorgezogen würde, nur zum Segen der gesamten Bewegung am Orte ausdringen müßte. Wir müssen hier in der Metropole der Unterwerbung alle Kräfte zusammenschließen. Ein Dienstleistungsfeld haben wir noch vor uns, aber gerade das Dienstleistungsfeld, einem mächtigen Feinde gegenüberstehen, wird unsere Kraft zur Auflösungsarbeit verdoppeln. Einmal muß es doch Tag werden.

**Lüdenscheid.** Sonntag, den 18. Oktober, hielt unsere Zahlstelle Altena eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Besonders die italienischen Kollegen waren recht zahlreich erschienen. Kollege Pfaffenberger von Dortmund referierte über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die Pläne der Unternehmer“. Nach seinem mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, wollte ein anderer italienischer Kollege das Referat übergehen. Aber da hatte man die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Der übernachende Beamte erklärte, daß er unter keinen Umständen den italienischen Kollegen sprechen lassen dürfe. Uns kann es schon recht sein, wenn die Polizei in der artig wirtschaftlichen Weise unter den Italienern für uns Propaganda macht. Wir wollen aber nicht verfehlten, die Altenaer Polizei von dieser Stelle aus auf ihre sonstigen Verpflichtungen aufmerksam zu machen. Denn mit der Einhaltung der Bauarbeiterverordnungen, der Unfallversicherungsvorschriften usw. steht es nirgends trauriger aus als in Altena. In der Lennestraße wird z. B. ein Neubau ausgeführt, der fast gar nicht abgedeckt ist. Schußdach nach der Straße für die Passeier und Bauhüllsarbeiter gibt es nicht, obwohl die Lennestraße vor dem Neubau erst 3 m breit ist und auch ein Bürgersteig in der engen Straße nicht vorhanden ist. Man ist also gezwungen, direkt am Bau vorbeizugehen. Wie leicht kann da ein herunterfallender Biegelstein einen Passanten den Schädel zertrümmern. Aber dergleichen sieht die Polizei nicht. Es wäre zu wünschen, daß sie ihr Augenmerk mehr auf das ungefährliche, lebensgefährliche Treiben der Unternehmer richtete und für Abhilfe sorgte. — Wir wollen unsere Mitglieder schon jetzt auf die Sonntag, den 3. November, stattfindende Versammlung aufmerksam machen, in der die Bauarbeiterverordnung behandelt werden soll. Bedeutende Fortschritte hat die Zahlstelle Altena im dritten Quartal gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 25 auf mehr als 80. Auch die neu gewählten leitenden Kollegen am Orte, besonders unser Kassierer, Kollege Paul Bischoff, geben sich die größte Mühe, die Organisation vorwärts zu bringen. Hoffen wir, daß der enorme Fortschritt auch die übrigen Kollegen zur intensiven Mitarbeit und die Indifferenz zum Eintritt in die Organisation veranlassen mögl. Der neu gewählte Zahlstellenvorstand besteht aus den Kollegen Happel, Vorstehender, und Paul Bischoff, Kassierer; dieser wohnt in dem Wirt-Hedmann in Altena, Esfr. 1.

**Mülheim-Ruhr.** Am 19. Oktober hielt die Sektion der Fiedlerleger ihre regelmäßige Mitgliederversammlung. Von verschiedenen Kollegen wurde über die Firma Wyer in Osterfeld und Hamborn Klage geführt. Diese Firma ist im September d. J. der für das Ruhrgebiet gültigen Tarif anerkannt. Da aber jetzt noch in diesem Geschäft Indifferente arbeiten, so versteht es der Herr Wyer ganz fälschlich, unsere Kollegen durch allerlei Kniffe aus Strafenspläten zu werfen, um nur recht viel unorganisierte herauszulösen. Auch die Firma Rudekau in Sterkrade, die im Sommer d. J. unser Tarif anerkannten mußte, sieht sich und die eingegangenen Verpflichtungen berurkundeten zu wollen, indem sie für auswärtige Arbeit rundweg die Auslagen vortoerte. Die Firma führt in Eifel bei Wanne ein größeres Stück Arbeit im Krankenhaus aus und ist dazu übergegangen, dem Arzneimittelmeister Siebeck die Arbeit zu übertragen, um die Auslagen zu ersparen.

**Muskau.** Am 19. Oktober fand eine Versammlung unseres Zweigvereins statt, in der der Vorstand zunächst den Bericht vom dritten Quartal erstattete. Dann wurde Kollege Pfleiderer aus (Ortsname im Originalbericht nicht zu entnehmen) zum ersten Kassierer und drei Kollegen zu Kartelldelegierten gewählt. Die Namen der Streitbrecher vom Muskauer Streit wurden bekanntgegeben (auch deren Namen sind nicht wiederzugeben, weil sie zu undeutlich geschrieben sind). Besonders wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß ein Kollege von der einständigen Mitgliederversammlung abtrete, um nicht auf diesem Wege die Arbeitszeit zu verlängern und so eine Erkrankung des Streits in den Schnauz zu werfen. Zum Schluß wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß zu der nächsten Versammlung alle Kollegen erscheinen mögten.

**Reichenbach i. Vogtl.** Am 19. Oktober fand im Lokale des Herrn Kießling eine mäßig besuchte Maurerversammlung statt. Sie man zur Tagesordnung überging, wurde das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Otto Seifert aus Oberreichenbach durch Erheben von den Blumen geehrt. Alsdann gab der Kassierer den Bericht vom 3. Quartal. Die Einnahme für die Haupftasse betrug M. 786,40, die Ausgabe für die Lokalstasse M. 82,09. Hierbei wurde von dem Kassierer, Kollegen Kracht, scharf kritisiert, daß es ein Teil der Kollegen nicht für notwendig hält, den Extrabeitrag zu zahlen. Es wurde daraufhin beschlossen, die fünfzig Bahner nochmals an ihre Plakette zu erinnern, und sie darauf hinzuweisen, daß sie ihre Rechte in der Organisation verlieren, wenn sie nicht zahlen. Auf Antrag der Revise wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Punkt 2 der Tagesordnung gab Genosse Lubinig bekannt, daß in diesem Jahre die Gewerbegerichtswahlen stattfinden, und wünscht, daß hierüber eine Aussprache stattfinde. Der bisherige Vertreter, Genosse Rob. Dörfel, gab hierauf einen Bericht über seine Tätigkeit und sprach hierbei den Wunsch aus, ihn für die fernere Zeit seines Amtes zu entheben. Diese Angelegenheit wurde einer Kommission zur Regelung überwiesen. Weiter führte Genosse Wilh. Doil an, daß es noch viele Kollegen gäbe, die gegnerische Blätter unterstützen, obwohl sie am eigenen

Seine verspürten, wie die bürgerliche Presse der Arbeiterbewegung knüppel zwischen die Beine werfe. Infolgedessen forderte er die anwesenden Kollegen auf, Abonnenten des "Sächsischen Volksblatt" und Mitglieder des Wahlvereins zu werden. Zum Schluß richtete der Vorsitzende, Genosse Ludwig, noch den Appell an die Kollegen, in Zukunft dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht werden. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wünschte die Versammlung geschlossen.

**Saalfeld.** Eine gut besuchte Versammlung hielt der Zweigverein Saalfeld am 22. Oktober ab, wozu Kollege Schen aus Erfurt erschienen war, der über das Thema: "Die Situation im Baugewerbe" sprach. Sein Referat fand allgemeinen Beifall. Aus den Ausführungen war zu erkennen, daß wir uns gegenwärtig in einer abwärtsgehenden Konjunktur befinden, wofür uns der Geldmangel den sichersten Beweis liefert. Die Wöche ist der Gradmesser, wenn diese bremt, so steht unumwunden die Krise; mag sie groß oder klein sein, vor der Tür. Es muß daher nicht eines jeden Kollegen sein, die Augen stell offen zu haben, um bei einer schlechten Konjunktur, die die Herren Oberschaffmacher auf alle Fälle für sich auszunutzen versuchen, dem Unternehmertum stets警觉 bereit gegenüber zu stehen. Hierzu gehört aber nicht nur eine starke Mitgliederschaft, sondern auch Munition, es darf sich daher kein Kollege weigern, seinen Extrabeitrag zu zahlen. Wenn nicht die Taktik der Unternehmer verfolgt, so muß man konstatieren, daß sie ihr Hauptzweck auf unsere Kassenverhältnisse legen, in welcher Weise es ihnen am schnellsten gelingt, unsere Kassen zu leeren und uns als ohnmächtiges Spielzeug in ihre Klauen zu bekommen. Gelingt es uns aber, unsere Organisation so auszubauen, daß wir auch die listigsten Pläne des Unternehmertums nicht zu scheuen brauchen, so haben wir die Voraussetzungen der Unternehmer durchkreuzt.

**Spremberg.** Mittwoch, den 16. Oktober, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in der Kollege W. Kritsch aus Berlin als Referent erschienen war. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal; danach hatte der Zweigverein am Quartaletschluss 225 Mitglieder. Die Kassenstasse wies einen Kassenbestand von M. 633,78 auf. Kollege Kritsch schilderte in seinen Ausführungen die Entwicklung der Organisation und führte den Kollegen die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart vor Augen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, sich rege an der Agitation zu beteiligen, um die Indifferenz unserer Organisation zu zerstreuen. Aber nicht nur auf gewerkschaftlichem Gebiete müsse agitiert werden, sondern auch auf politischem Gebiete; es sei notwendig, die Arbeiterpresse zu unterstützen. Ferner ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Bahrze.** Am 22. Oktober fand im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung statt, die von ungefähr 60 Kollegen besucht war. Kollege Staute erstattete Bericht von der am 11. Oktober stattgefundenen Gauländerung. Neben einzelnen Punkten des Berichts eulmann sich eine lebhafte Diskussion. Hauptsächlich über Bauarbeiterkampf bemerkten die Kollegen, daß der Rückzug zu wünschen wäre. Kollege Libor meinte, daß auch auf seinem Bau, trocken dort ein Vorstandsmittel eines anderen Zweigvereins arbeite, verschiedene Mängel seien. Kollege Staute sprach sich gegen die herrschende Mode unter den Kollegen aus, wonach sie, wenn sie auch gut organisiert sind, doch nicht daran denken, über Jenseitsstände am Bau zu sprechen und Abhilfe zu verlangen. Erst dann, wenn ein in der Organisation irgend eine Funktion ausübender Kollege dort zu arbeiten anfange, würde von dem sofort die Abhilfe aller Nebel verlangt. Die Kollegen sollten vorher schon die Mängel bekämpfen. Durch Einigkeit lasse sich sehr viel erreichen. Eine Resolution, die sich mit den auf der Konferenz gefassten Beschlüssen einverstanden erklärt, wurde einstimmig angenommen. Hierauf fristete Kollege Zamkli die Lautheit der Kollegen, wonach so viele die Extrasteuer noch nicht voll bezahlt haben. Pflicht jedes Kollegens ist es, dies zu entrichten und nicht daran zu denken, es ist ein freiwilliger Beitrag. Nach erfolgter Wahl eines Schriftführers und eines Revisors wurde die Versammlung geschlossen.

### Aus Ungarn.

(Bauarbeiterlohnkämpfe von 1893 bis 1906.)

Budapest, im Oktober.

Wer sich mit Nationalökonomie beschäftigt, dem ist es eine bekannte Sache, daß in einem Agrarstaat, der sich zum Industriestaat entwickeln will, eine der wichtigsten Rollen anfangs gerade das Baugewerbe innehat. Das Bauen von privaten und öffentlichen Gebäuden, namentlich Fabriken, Amtshäusern, Schulen, Spitälern, Verkehrsstraßen, Zinshäusern usw., gibt den ersten Anstoß zum Aufschwung der Industrie und zur Entwicklung der einen Industriestadt charakterisierenden Städte, und das ist es, was der noch minoren "Bourgeoisie" die bisher noch unbekannten Mysterien des Unternehmens aufdeckt.

Eine Revolution zieht durch die Gehirne der Menschen, durch deren Ideen, Vorstellungen und Gebräuche, bis die konserватiven Elemente an Gewerbetreibenden werden, wodurch es von seiner Urbeschäftigung, vom Ackerbau, vollständig abweicht. Die mit der Landwirtschaft zusammenhängende relative Arbeitslosigkeit, die niederen Löhne, der Drang nach Verbesserung des gegebenen Bedürfnisses, sowie das derzeit unaufhaltbare Gesetz der Verfestigung des Grundbesitzes, welcher die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz bildet — geben die in der Urbeschäftigung stehenden Familienmitgliedern aus ihrer alten, angewohnten Lage und lenken sie auf neue, ihnen vollkommen unbekannte Gebiete, wo der Rahmen ihrer Existenz von neuen wirtschaftlichen Faktoren geleitet wird.

Diese abbelasteten Gründe zwingen den oberdienenden Familienvater, oft gegen seinen Willen, seinen Sohn eine gewerbliche Arbeit erlernen zu lassen. Bei der Wahl der Kaufleute kommen auch die den Agrarstaat charakterisierenden konserватiven Gedanken zur Geltung und so

kommen die Kinder der Provinz zumeist zu solchen Beschäftigungen, die gerade dort in der Gemeinde oder in der zunächst gelegenen kleinen Stadt dominierend sind. Es ist selten der Fall, daß der Feldarbeiter seinen Sohn ohne Boden zum Feldarbeiter, Kammmacher, Knopfmacher oder Haarschiffmacher in die Lehre geben würde. Diese Beschäftigungen sollen weit außerhalb seines Heimatkreises und er denkt über sie, als könnten sie keinesfalls die sicherer Grundlagen zur angeständigen Existenz eines Arbeiters sein. Deshalb ist es Regel, daß das Kind am liebsten einem Gewerbe angetraut wird, das am meisten den Bedürfnissen der Provinz angepaßt ist und welches ermöglicht, daß die Kinder, wenn sie schon ein Gewerbe erlernen und betreiben, auch weiterhin ungefähr in der Familie verbleiben können. Zu diesen Beschäftigungen gehörten in erster Reihe in unserem Agrarstaate das Maurer- und das Zimmererhandwerk. Diese gehören zu den ältesten handwerklichen Beschäftigungen. Die Menschheit kennt sie seit der niedergeschlagenen Periode des Nomadenlebens. Die übrigen Berufe, die mit der Ausgestaltung der entwidmeten Unprüfung zu stande gekommen sind, hinsichtlich des öffentlichen Anschlusses in der Provinz weit hinter diesen geblieben. Das Baugewerbe, die Beschäftigungsart, die Arbeitsdauer, das Lehrverhältnis und noch andere äußere Ereignisse, steht dem Maurerarbeiter viel näher, als es andere andere Gewerbe.

Zu den Eigenartlichkeiten des Baugewerbes gehört es, daß die Lehrlinge nicht ganz zu Familiemitgliedern ihres Lehrmeisters werden, wie das in den meisten Berufen zu geschiehen pflegt, sondern sie bleiben in vieler Beziehung unabhängig. Diese Unabhängigkeit äußert sich darin, daß die baugewerblichen Lehrlinge nur am Tage, während der Dauer der Arbeitszeit den Verpflichtungen ihrer Meister unterliegen und mit der Beendigung des Tagewerkes bis zum Beginn der Arbeit am nächsten Tage zu ihren Eltern heimkehren können, was ihre Lehrlingsjahre zweifelsohne erträglicher macht. Außer dieser Eigentümlichkeit weist das Lehrlingswesen im Baugewerbe noch eine interessante Erscheinung auf: der Lehrling wird hier nicht mit Naturallohn, mit Verpflegung versorgt, wie die Lehrlinge der anderen Branchen, sondern er erhält vom ersten Tage an einen Lohn ausbezahlt. Dieser Lohn beginnt in der Provinz mit 70 bis 80 Heller und steigt in den Städten im Brüderjahr bis auf M. 2,40 und M. 2,60. Das allein ist schon eine mögliche wirtschaftliche Kraft, die die armen Proletariereltern in der Provinz dazu verlebt, ihre Kinder einer Beschäftigung aufzuführen, die es ermöglicht, daß sie, wenn auch mit ihrem geringen Verdienst doch zur Verbreitung des Haushaltes beitragen können. Diese Umstände ist es auch anzuschreiben, daß es in der Provinz unzählige Familien gibt, wo vier bis fünf Mitglieder das Maurer- oder Zimmerergewerbe betreiben.

Nun gibt es in Ungarn viele Orte, wo die Maurer und Zimmerer nur in einem Teile der Sommerzeit ihrem baugewerblichen Berufe nachgehen, im übrigen aber — auch gegen Lohn — in der Landwirtschaft, in Weinbau, u. a. arbeiten. Dieser Teil der Bauarbeiterchaft, der seine Existenz gemeinschaftlich auf die gewerbliche und auf die landwirtschaftliche Arbeit begründet, ist das konervative Element, das bis jetzt zum größten Teil der Hemmung der Verbilligung des höheren Arbeitslohnes und der längeren Arbeitszeit war.

Ganz anders, und zwar viel schlechter, ist der Teil der Bauarbeiterchaft gestellt, der nur auf die Arbeit im Gewerbe angewiesen ist. Das Produkt des Maurers kann nicht häufiger hergestellt, verpackt und nach fremden Orten transportiert werden, sondern der Maurer muß seine Schritte dorthin lenken, wo ein Baubüro für ihn vorhanden ist. Will der Maurer eine Familie gründen, so ist er gezwungen, diese in irgend einer Gemeinde für beständig anzusiedeln, während er selbst vom Frühjahr bis zum Anfang des Winters in der Fremde, fern von der Familie, das Brod verdienen muß. Es ist eine leichte Sache, festzustellen, daß der Arbeiter, der fern von seiner Familie lebt, für sich selbst und damit noch separat für seine Familie Wohnungsmiete zahlen und die Unterhaltskosten aufzutragen muss, und dabei noch monatelang arbeitslos ist ein größeres Interesse an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat, als einer, der dieser doppelten Sorge entrückt ist. Bei diesen Arbeitern fanden denn auch die Ideen der modernen Arbeiterbewegung zuerst den Widerhall, der notwendig zur Gründung und Aufrechterhaltung von Organisationen zum Kampfe für bessere Lebensbedingungen ist.

Der Umstand, daß die für die Existenz im Winter notwendigen Unterstützungsquellen immer schwerer zu beschaffen waren, ferner die von 1897 bis 1903 anhaltende baugewerbliche Krise haben die Bauarbeiterchaft im Denken wie im Handeln vollkommen umgeformt. Der erste materielle Erfolg, den die Arbeiter durch den Konsortium beim Bauen in der Hauptstadt errungen haben, wurde zur Quelle eines großen Kampfes, welcher sich ohne Unterlaß ausgedehnt und sich in immer größerem Bogen gegen die Grenzen des Landes gezogen hat. Dieser Kampf war damals noch nicht auf dem felsenfesten Fundamente des Pfarrschaftsbewußtseins aufgebaut, sondern es war dies vielleicht ein Ausdruck der Empörung einer großen, bis aufs Blut gepeinigten, gedrückten Arbeitergruppe, die darum auch wenig wahlweise in ihren Kampfmitteln waren. Von Machtlosigkeit, von staatsmännischer Überlegenheit, von profitorialer Systemfucherei dürfen wir im Entwicklungsprozeß der Bauarbeiterbewegung nicht sprechen. Waren die Bauarbeiter gleich am Anfang ihrer Bewegung von diesen Eigenschaften begangen gewesen, sie hätten in der kurzen Zeit gewiß nicht solche Erfolge aufzuweisen können, welche sie bis heute erreicht haben. Sie sahen bloß, daß sie von ihrer schweren, ermüdenden Arbeit kaum im Sommer leben können, während sich die Unternehmer schon nach einigen Jahren ihres Meisterberufs Häuser, Liegenschaften u. a. "gewirtschaftet" und als die Arbeiter zur Erfahrung kamen, daß die Häuser, die die Meister, die der Reihe nach gerade auf den werksvollen Baustellen aufgeführt wurden, keine "Gottesgaben" und auch nicht mit dem Schweife der Meister gebaut sind, sondern in dem den Arbeitern porträtsweise vorenthaltenen Lohn ihrer Ursprung haben,

da änderte sich sofort die Lage des Baugewerbes und der mit künstlichen Mitteln zurückschaltete Wunsch der ausgebüdeten Arbeiter sich laminenmäßig weg nach vorwärts.

Die Arbeiten beim Bau von Eisenbahnen, öffentlichen Gebäuden, Fabriken, Kirchen, Fabriken, Verkehrsstraßen etc. bilden die Schmelzgruben, der Bauunternehmer, welche Arbeiten sie zum größten Teile durch ihren persönlichen Einfluß und durch ihre Protektoren erhielt; nur so war es möglich, daß sie, außerhalb der notwendigen Konkurrenz stehend, glänzende Einzelpreise erzielten, und zu diesem Vor teil kam noch hinzu, daß die zum Bauen nötige Arbeitskraft infolge der Unorganisiertheit billig und zur Ausnutzung leicht geeignet war. Die Brutalität der Polizei und die Heiligung des Aufforderungsbriefs haben den im Kostenboranschlag angenommenen Produktionsdurchschnitt oft aus Preise gesteigert. Es ist also leicht begreiflich, daß die an einer solch hohen "Profitrate" gewohnten Herren die im Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter eingestellte neue Gestaltung nicht begreifen können, die auf den Kurs des Tageswertes der Arbeitskraft in starkem Maße einwirkt und welche später auch unbefriedigbar die Verminderung der Tagesproduktion des Arbeiters verursacht hat. Die Unternehmer möchten diesen Zustand natürlich gern ändern, aber sie können es nicht, weil sie sich ungänglicher Mittel bedienen. Ihre Bestrebungen wird nur in dem Maße von Erfolg begleitet sein, wenn den Bauarbeiter die Koalitionsfreiheit, der Arbeitslohn und die Arbeitszeit auf Grund eines Kollektivvertrages garantiert werden.

Als Ergebnis der bisher geführten Kämpfe haben wir eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohns um 16 pfl. und die Verringerung der täglichen Arbeitszeit um 16 pfl. in den letzten vier Jahren zu konstatieren. Im einzelnen ist über die Arbeitszeit in 216 Orten das folgende festgestellt worden.

### Arbeitszeit.

Im Jahre 1903		Im Jahre 1904		Im Jahre 1905		Im Jahre 1906	
Jahrszeit	Arbeitszeit in Stunden						
—	9	—	9	—	9	8	9
—	9½	2	9½	4	9½	9½	9½
6	10	36	10	72	10	11½	10
29	10½	36	10½	51	10½	47	10
47	11	31	11	21	11	10	11
35	12	35	12	33	12	18	12
60	18	43	18	21	18	4	18
18	14	12	14	7	14	2	14
16	15	15	15	5	15	1	15
6	16	6	16	2	16	—	16

Stundenlöhne von 20 Heller und darüber, die im Jahre 1903 noch in 134 Orten gezahlt wurden, sind so gut wie verdunkelt; und während 1903 nur in 8 Orten der Stundenlohn auf 40 Heller und darüber stand, ist heute der Durchschnittslohn nahe an 40 Heller herangerückt. Die Jahresarbeitsstunden sind im Durchschnitt von 2440 auf 2080 gesunken und der Jahresarbeitslohn ist von M. 481 auf M. 784 gestiegen. An dieser Lohnsteigerung partizipieren in den 216 Orten 26 456 Bauarbeiter.

### Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 20. bis 26. Oktober sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Preßnitz 500, Rönigswes 450, Altona 400, Erfurt 400, Gr.-Ziegenfort 300, Harburg a. d. Elbe 300, Eckartsbauen 250, Herbsleben 250, Holtenau 230, Düsseldorf 200, Ebergötzen 200, Moorborg 200, Liepe a. Hünawinkel 200, Graudenz 200, Wolfenbüttel 200, Nassenheide 200, Arnstadt 200, Wilhelmshöhe 200, Fürstenwalde 150,50, Leubsdorf 150, Deutic-Lissa 150, Briesel 130, Immenhausen 100, Raibisch 60, Strasburg i. d. Niedermark 40, Summa M. 6160,50.

Zusätzlich erhalten: Berlin M. 4000, Lübeck 350, Königsl. Berg 1. Pr. 300, Minden i. Westf. 150, Handelskasse 100, Würzburg 100, Lüneburg 1. Hess. 100, Langenselbold 100, Landshut 100, Altenhof 100, Lüttich a. Vbg. 100, Passeval 100, Gr.-Neuendorf 60, Summa M. 5560.

Altona, den 26. Oktober 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

Unfälle, Arbeitserschöpfung, Submissionen etc.

Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorfällen mitzutun auf den Bauten, schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

**Cheimnitz:** Am 25. Oktober verunglückte auf einem Umbau auf der Dresdenerstraße ein Kollege dadurch, daß er, auf einer Leiter stehend, mit dem Abriß einer Wand beschäftigt war. Beim Durchschlagen der Steine kam die Leiter auf dem Betonfußboden ins Rutschen, und der Kollege stürzte ab. Er erlitt hierbei eine Verletzung des Fußes.

**Tübingen.** Auf unaufgellärtete Weise stürzte am 21. Oktober der Dachdeckerlehrling Kutschel aus Alt-Dreieck vorne eines dreistöckigen Hauses in der Dreieckstraße und war in zehn Minuten eine Leiche. Wie sich das Unglück ereignete, konnte, wie gesagt, nicht festgestellt werden.

**Fürth.** Am 19. Oktober stürzte an dem Neubau des Unternehmers F. Heine in der Winterfeldstraße ein Brandglocke und riss dabei einen Teil des im Rohbau fertigen Hauses mit sich. Die Ursache dieses Teileinsturzes wurde anfangs darauf zurückgeführt, daß auf dem Nebengrundstück, wo man mit den Ausbautätigkeiten

beschäftigt hatte, an dem Giebel entlang tiefer ausgeschachtet hatte, als das Fundament des Giebels war, ohne aber das Fundament zu untersuchen. Wie aber nachträglich festgestellt worden ist, sind auch an dem betreffenden Neubau die Fundamente selbst nicht tief genug ausgeschachtet gewesen, indem diese noch nicht einmal 20 cm tiefer als die Kellerföhle lagen. Dass in dieser Weise gespart wird, ist nur eine Folge des Spülantentums, wie jenes in Erfurt in schöner Blüte steht. Es ist ein Wunder, dass dabei nicht schon mehr passiert ist. Im vorigen Sommer mussten mehrere Bauten abgerissen werden, weil das verwendete Steinmaterial bei Beladenung Anlass gab. Durch die Einsturztritt, tritt aber auch klar zu Tage, dass die Baupolizeiverwaltung nicht die nötige Sorge für die strenge Durchführung der baupolizeilichen Bestimmungen trägt; denn bei dem guten Baugrunde, den wir in Erfurt haben, dürfte ein solcher Hausesinsturz nicht eintreten. Dass dabei keine Menschenleben vernichtet worden sind, ist nur darauf zurückzuführen, dass der Giebel nicht auf einmal in sich zusammenbrach, sondern schon vorher einzelne Steine herabfielen, wodurch die daneben arbeitenden Leute auf die Gefahr aufmerksam wurden und ihr Leben in Sicherheit bringen konnten. Wege dieser Einsturz eine Mahnung sein, dass es wohl nun an der Zeit ist, schärfere Maßnahmen gegen das Spülantentum zu ergriffen, damit wieder eine solide Baupolizei Platz greift.

**Schädel i. W.** Am 16. Oktober ereignete sich an den Kolonialbauten der Firma "Vereinigte Glashütte" ein bedauerliches Unglück. Mehrere Maurer waren damit beschäftigt, Träger hochzuziehen. Plötzlich riss ein Seil und die Kollegen F. und S. stürzten in die Tiefe, wobei sich B. einen Schädel- und Armbrech zog, während S. leichtere Verletzungen erlitt. Waren am fraglichen Bau die Unfallverhütungsvorschriften befolgt worden, dann hätte dies Unglück nicht passieren können. Aber an diesen Bauten, die die Firma Hassen & Bamert ausführte, scheint man keine Schutzbefestigungen zu kennen; die Bauten werden höchstens, ohne den Keller oder eine einzige Balkenlage abzudrehen. Am 17. Oktober stürzte an denselben Bauten bei der Firma Heisterkamp & Co. der Maurer G., ob, wobei sich auch dieser erhebliche Verletzungen zugezogen. Bei solchen Unfällen muss man sich fragen: hat man in Glashütte denn keine Baupolizei? Ja, sie haben wir. Aber wie sie ihren Pflichten nachkommen, beweist folgender Fall. In Braut wurde 1906 eine achtstöckige Schule gebaut. Als die erste Balkenlage gelegt war, drangen die daran beschäftigten Arbeiter darauf, dass Schuhdecken gelegt würden. Der Polizei ließ auch mit dieser Arbeit beginnen; aber wer damit nicht einverstanden war, war der Amisbau auf der Wiedering. Die Schuhdecken werden noch nicht gelegt, das hat Zeit bis der Bau holt ist, oder ich legge den Bau still. So diktirte er. Solche Leute hat man hier in dem "freimaurischen" Münsterland so viele, dass wenn man sie auf ganz Deutschland verteilen würde, in jedem Jahre ein paar tausend Unglücksfälle mehr zu verzeichnen wären.

Nach diesem Bericht scheint es also nicht nur in Buer so traurig bestellt zu sein, wie wir vor Gericht nachweisen konnten.

**Schädel o. b.** Bei den Montierungsarbeiten an den neuen Dachböden auf der Alsfelden-Bementialstrasse verunglückten am 25. Oktober ein Arbeiter und ein Monteur, und zwar erlitt der Arbeiter einen Oberschenkelbruch und schwere innere Verletzungen. Der Monteur hat anscheinend einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen erlitten.

Der Arbeiter ist noch am selben Tage seinen Verletzungen erlegen, den Monteur hofft man, am Leben zu erhalten. Das Unglück erfolgte dadurch, dass man ein Drehrad für den Patentofen von einem Drapierstiel zum anderen transportieren wollte. Die Peile stieß an die 3½ m hoch und ungefähr 1,60 m voneinander entfernt. Über diese Distanz von 1,60 m hatte man zwei Gussstücke breiter von ¾, Zoll Stärke gelegt und hierauf wieder einige Bretter als Belag. Oberauf wollte man mit drei Mann die zispienförmige Bentheimer Schwer-Dreiecke transportieren, und dabei gesetztes das Unglück. Allgemeinen Unwillen erregte der Umstand, dass der Arbeiter mit seiner offenen Bunde, aus der das Blutstromweise hervorquoll, nach einer Viertelstunde liegen musste, bevor Verbandsmaterial und der Kranenkorb der Rettung zur Stelle waren. Bei der Ueberführung des verletzten Monteurs nach dem Zulienstift dauerte es eine volle Stunde, bevor der Kranenkorb zur Stelle war, da dahin hatte man ihn in eine Baubude getragen. Uns deutet, man hätte telefonisch den Kranenkorb vom Zulienstift hinüberfordern können, dann brauchte man nicht aus dem Kranenkorb zu warten. Nun noch einiges zu dem Unfall selber. Der Unfall hätte auf A. Fälle vermieden werden können, wenn die nötige Vorsicht angewandt worden wäre; aber wenn man der Arbeit zusicht, so ist es ein Haufen und Jagen, und man muss sich nur wundern, dass nicht noch mehr Unglücksfälle passieren. Obwohl technische Beamte in Hille und Zille vorhanden sind, quält sich anscheinend keiner um die Schutzbefestigungen. Nur wenn das Unglück passiert ist, dann kommt die Polizei und der Stadtbauamt ihrer. Sie nehmen einen Bericht auf, die zerbrochenen Bretter werden nach der Polizei geschafft und damit ist die Sache eintheilweise erledigt. Hätte man statt dessen gleich die ganzen Arbeiten einmal in Augenschein genommen, wir glauben, es hätten verschiedene Arbeiten eingestellt und es hätte erst für genügenden Schutz der Arbeiter gesorgt werden müssen. Aber das hätte den Profit geschmälert und "heilig ist der Mammon". Auf dem Vorhofen ersicht man wiederum, wie gerechtfertigt die Forderung der Arbeiterschaft auf vermehrten Bauarbeiter-Schutz und Anstellung von Baukontrolleuren aus ihren eigenen Reihen ist.

**Mannheim.** Am 17. Oktober ereignete sich am Neubau des Wasserturms, Ecke der Industrie- und Sandhoferstraße, ein gräßlicher Unglücksfall. An bejagter Baustelle werden die Steine und der Mörtel mit einem Fahrstuhl in die Höhe gebracht. Der die Aufzugsmaschinen bedienende 41 Jahre alte Tagelöhner Simonelli geriet in deren Trommel. Das darauf laufende Drahtseil erfasste ihn an den Händen und wälzte ihn förmlich in die Maschine hinein. Hierbei wurde ihm, ehe der Motor abgesetzt werden konnte, der Kopf in der Mitte durchschnitten.

Außerdem war die rechte Hand und ein Finger der linken Hand abgedrückt. Der Tod trat sofort ein. Der Polizeibericht meldet nun am Ende seines Berichts: Fahrlässigkeit dritter Personen liegt nicht vor. So, da haben wir es: wäre der Arbeiter weggeblieben, oder hätte er besser acht gegeben, wäre das Unglück nicht passiert. Bastal! Aber nach den Schutzbefestigungen fragt kein Teufel. Bereits am anderen Morgen durfte der Polizei den Betrieb wieder aufnehmen, d. h. er ließ die Maschine reinigen; er wusste also, dass keine Unterzügungen mehr erfolgen würden. Die einzige politische Konstanzfrage des Unfalls hatte genügt, um das Schuldverdulden des Arbeiters festzustellen. Mir sei anderer Meinung. Wäre vor der Trommel der Maschine ein Schuhgitter gewesen, so hätte das Unglück absolut nicht passieren können. Ferner: warum ist das zur Trommel führende Seil nicht eingehobelt oder wenigstens so abgesichert, dass niemand damit in Berührung kommen kann? Hunderterlaubt wurde dies Seil überschritten; der Unfall hätte sich leicht als Lage ereignen können. Warum hat man jetzt erst eine holddürftige Abprüfung vorgenommen? Und noch eins: wo blieb die Baufontrolle? Wohl hat der angestellte Baufontrolleur Basel den Bau ein paar Mal kontrolliert, aber den Wissstand sah er dann noch nicht, dass das Unglück schon passiert war und er am anderen Tage auf dem Bau erschien. Strafverfügungen gegen Maurer, die gegen die Vorschriften verstochen, sind ganz am Platze, aber man muss diese Konsequenz auch auf die Unternehmer ausdehnen, wenn es gilt, Bestimmungen einzuhalten, deren Erfüllung lediglich den Unternehmern obliegt. Und hier glauben wir, der Kontrolleur die nötige Energie bringt. Und hier glauben wir, der Kontrolleur die nötige Energie abspreden zu müssen, oder man wende ein, dass diese Männer unfähig sind, wohin Wissstände auf den Bauten zu erkennen. Ebenso erging es dem Kontrolleur der Berufsgenossenschaften. Obwohl dieser ein paar Tage vor dem Unfall die Baustelle kontrolliert hatte, konnte auch er bei der nodmaligen, nach dem Unfall vorgenommenen Kontrolle keinen Wissstand entdecken. Kein Mensch weiß, wer dieser Mann, der auf dem Bau herumläuft, eigentlich ist, manchmal selbst der Polizei nicht. Keine Frage, seine Antwort. Der Bau ist kontrolliert. Und er ist danach.

**Schmallenberg.** Ein Unfall ereignete sich am 22. Oktober auf dem Liebungsheim-Neubau auf der Salzbrücke. Der Maurerpolier Brüder stürzte infolge eines Fechtritts aus einer Höhe von 7 m ab und zog sich außer Verletzungen des Arms eine Verstauchung des Rückgrates zu. Der Verletzte wurde in seine Wohnung geschafft. Wäre hier besser abgedeckt gewesen, so wäre der Unfall nicht passiert. Offenkundig nehmen sich die Kollegen ein Beispiel hieran.

**Sennberg.** Am Neubau des Unternehmers Ulrich, Kolonie Bittendorf bei Sennberg, verunglückte der Kollege Erich Ziele am 25. Oktober. Ziele transportierte einen leeren Kaffastaten in der ersten Etage auf einem schmalen Brett, rutschte aus und fiel bis in den Keller hinunter. Er zog sich eine schwere Kopftwoste zu. Waren der Vorschrift gemäß Staken (zwischenende) zwischen den Balken gewesen, so könnte das Unglück nicht geschehen. Es mangelt überhaupt dort noch viel. Die Baubude ist viel zu klein; die fremden Kollegen logieren im Kuhstall auf Strohschäften. Es wäre dringend nötig, dass die Herren Polizeibeamten diesen Bau einmal einer genaueren Kontrolle unterziehen würden.

\* **Bauarbeiter-Schutz-Konferenz in Bayreuth.** Die Chemnitzer Bauarbeiter-Schutz-Konferenz veranstaltete in der Zeit vom 30. September bis 12. Oktober d. J. eine Kontrolle der Neubauten. Kontrolliert wurden 112 Bauten, 4 Tiefbauten und 3 Zimmerpläne. Folgende Wissstände wurden vorgefunden: Auf 2 Arbeitsstellen war keine Baubude. 8 Bauten wurden als zu klein befunden. 22 mal waren die Wände nicht wasserdicht. Bei 11 Bauten waren die Fenster nicht zum Dichten eingerichtet. 6 Bauten hatten keine verlässliche Tür. 27 Bauten waren nicht begehbar. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Baubuden vom 1. Oktober an begehbar sein sollen, aber der frühe Tag wegen ist man im allgemeinen nicht so streng vorgegangen. Genügend Sitzplätze und Tafeln waren 14 mal nicht vorhanden. Waschgelegenheit wurde nur in 32 Fällen vorgefunden. In der Hauptstadt betrachtet man einen unter die Wasserleitung gestellten Wasserzuber als Waschgelegenheit. Trinkwasser fehlte in 6 Fällen. Schränke oder Kästen mit Verbandsmaterial waren in 17 Fällen nicht vorhanden. Eine Gebrauchsanziehung zur ersten Hilfeleistung gab es auf 108 Bauten nicht. Täglich gereinigt wurden 15 Bauten, dreimal wöchentlich 21, einmal wöchentlich 67, alle 14 Tage 18 und in längeren Zwischenräumen 3. In 9 Fällen lagerte Material in der Baubude. 10 Bauten hatten keinen Fußboden, bei 19 war das Dach nicht wasserdicht. Zweimal waren zu wenig Aborten vorhanden. Eine vorrichtungsfähige Grube (aus Betonmörtel hergestellt) fehlte in 7 Fällen. In 10 Fällen entsprachen die untergestellten Tonnen und Fässer nicht den Vorschriften. Nur 32 mal wurden die Aborten regelmäßig wöchentlich gesäuert. Desinfiziert wurden sie nur in 4 Fällen vorgefunden. Pissoreimer fehlten auf 28 Bauten. Nicht regelmäßig geleert wurden die Pissoreimer in 56 Fällen. 17 mal waren die Bauten bei Ausführung von Türen, Malerei, Stuckaturen, Putzen, Töpferei und Zimmerarbeiten nicht mit Türen und Fenstern versehen. Dem § 8 der städtischen Vorschriften, betreffend Dacharbeiten, wurde 12 mal nicht entsprochen. Die Unfallverhütungsvorschriften und die Vorschriften über Arbeiterschutz auf Bauten hingen auf 4 Bauten nicht aus. Genügend brauchbares Gerüstmaterial fehlte in 11 Fällen. Der Boden des Gerüsts war in 23 Fällen in nicht gutem Zustande. Nicht genügend abgekettet, verankert und verschwert war das Gerüst in 16 Fällen. Geländer und Sodenbretter fehlten in 25 Fällen. Unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, befand sich in 31 Fällen kein vollständig abgedecktes Gerüst. Schutz- und Spanngurte waren auf 12 Bauten nicht angebracht, auch wurden 8 dieser Gurte als zu schlau befunden. Die Balkenlagen wurden in 5 Fällen nicht sofort nach der Legung abgedeckt. Auch diese Kontrolle der Bauarbeiter-Schutz-Kommission verursachte wieder einmal großes Reinemachen und Unzufriedenheit der Gerüste auf den Chemnitzer Neubauten. Im allgemeinen

muss jedoch festgestellt werden, dass es um vieles besser geworden ist. Aber immer muss die Kontrolle der Bauarbeiter dahinter stehen. Viele Bauarbeiter würden dem Bauarbeiter-Schutz aber auch große Dienste leisten, wenn sie durch tatkräftiges Einetreten für den Bauarbeiter-Schutz die vorhandenen Wissstände abstellen. Bedeutsam ist, dass sich beim Erscheinen des Arbeiterschutz-Kontrolleurs die Polizei sofort bereit erklärt, die vorhandenen Wissstände abzuschaffen. Die stärkste Kritik, vor allem auf dem Gebiete des Janitärschutzes, muss wiederum an den Bauten des Baumeisters und Stadtschultheißen Duderstadt gelten. Wir wollen gern zugeben, dass Herr Duderstadt persönlich nichts damit zu tun hat, aber natürlich steht er doch die Verantwortung dafür. Es gibt kaum in der ganzen Stadt einen so miserablen Abort wie bei Herrn Duderstadt. Die Pissoreimer geben den städtischen Baufontrolleuren immer wieder Anlass zu Monaten, und zwar deshalb, weil als Pissoreimer gehäuft Wassereimer benutzt werden, aber bei Bedarf nach Wassereimern die Pissoreimer genommen werden. Die auf Veranlassung des städtischen Baufontrolleurs aufgestellten Pissoreimer sind beim nächsten Erscheinen des Kontrolleurs wieder verschwunden. Das liegt nicht an den Arbeitern, die die Eimer benutzen, sondern daran, dass zu wenige Eimer vorhanden sind.

\* **Bauarbeiter-Schutz-Konferenz in Bayreuth.** Schon zum wiederholten Male haben wir im "Grundstein" dargestellt, dass Bauten noch lange nicht als Muster bezüglich des Bauarbeiter-Schutzes gelten kann, was ja wohl am deutlichsten die hohe Unfallzahl der bayrischen Baugewerbebergschaftlichkeit beweist. Aber dies hat die Bauarbeiter-Schutz in Bayreuth, im Einverständnis mit der Zentral-Kommision für Bauarbeiter-Schutz, eine Konferenz einzuberufen, die am 10. November in München, im Palais "Zum goldenen Löwen", Tal 74, stattfindet. Hier soll detailliert werden, in welcher Weise die Frage des Bauarbeiter-Schutzes nach vorwärts gebracht werden kann. Soweit unsere Kollegen zur Beleidigung der Konferenz noch nicht Stellung genommen haben, wird dies nun schnellstens gezeigt müssen, damit die Regierung sieht, dass es uns um den Schutz für unser Leben und unserer Gesundheit geht.

### Aus Unternehmerräumen.

\* **Etwas deutlicher, bitte!** Unsere Forderung nach Beteiligung der Arbeiter an der behördlichen Baufontrolle stieß die schärfstmöglichen Widerstände der Unternehmer zu. Sie wollen ausschlafen gegen die organisierte Arbeiterschaft an. Dabei wird dann immer noch der Vortrag des Kollegen Reinhart-Hannover als Beweis herangezogen, dass hinter dieser Forderung nichts weiter steckt, als die Absicht, mit der Baufontrolle auch eine Kontrolle über die Bürgedreigfaltigkeit zur Organisation zu verbinden. Wir haben diese Forderung damals, gleich, als sie in dem Februarblatt und in der "Freimaurer-Zeitung" erschien, richtig gestellt, ohne diese Blätter jedoch zu bewegen, ihren Entschluss anzuerkennen. Jetzt bringt nur das Interessenunternehmen der Firma Elsner zu der der Freimaurer von Reichenbach die Textblätter zu liefern hat, den alten Schwindel in neuem Gewände. Wir verzögerten darauf, gerade die ersten Blätter, der "Deutschen Arbeitgeber-Zeitung", gegenüber nochmals zu verjüchen, die Wahrheit zur Erkenntnis zu bringen. Seit es also drum.

Über diesem ersten bringt das Blatt noch einen neuen Schwund, den es seinem Erzähler aus dem Ruhegebiet entnimmt:

"Wir können eine weitere, interessante Ergänzung dahin geben, dass in den letzten drei Jahren wiederholte Schäden festgestellt wurden, dass die organisierten Arbeiter auf den Baustellen Material beschädigen, ja selbst Werkzeuge und Maschinen unbrauchbar machen, um dadurch dem Arbeitgeber möglichst große Verluste beizubringen. So teilte man uns noch kürzlich aus Düsseldorf mit, dass die streitenden Marmorarbeiter Beschädigungen an Material und an fertiggestellten Arbeiten vorgenommen hatten, insbesondere aber muß hier hervorgehoben werden, dass während des Klempernstreits in Dortmund in ganz einfacher Weise von den organisierten Arbeitern vorgenommen worden ist. Es wurden Gerüststrukturen durchgeschnitten und andere Manipulationen vorgenommen, durch welche die Leben der dabei Beteiligten gefährdet wurde. Noch vor einiger Zeit konnten wir mitteilen, dass ein Arbeitervorführer gerichtlich bestraft worden ist, der veranlasst hatte, dass Gerüste oder dergleichen von den Arbeitern beschädigt wurden und der dadurch das Leben einer ganzen Anzahl von Menschen in Gefahr gebracht hatte.

Was soll daraus werden, wenn Deute vom Schlagdeutsche Arbeitervorführers das Recht haben, die Baufontrolle auszuüben? Sie würden nicht nur für ihre Organisation agitieren, sondern sie würden das ihnen anvertraute Amt unter Umständen auch noch zu anderen Zwecken missbrauchen. Wenn das auch nicht von allen Arbeitervorführern ohne Angabe gemacht werden soll, so sind aber doch die Beweise dafür erbracht, dass eine ganze Reihe Arbeitervorführer schon allein aus den oben angeführten Gründen völlig unsfähig wären, das Amt eines Baufontrolleurs zu übernehmen."

Wir wollen zunächst ganz beiseite lassen, was die hier so gern auf die Leinwand gemalten Wörtergeschichten mit der Herauszüchtung der Arbeiter zur behördlichen Baufontrolle zu tun haben könnten, richten aber an das Unternehmerräumeblatt das Erwischen, über die hier aufgestellten verdächtigen Behauptungen in höherer Angabe zu machen. Am dem ganzen Samstag ist mit Ausnahme des einen Falles, wo ein Arbeitervorführer gerichtlich bestraft sein soll, kein wahres Wort, und dieser eine Fall ist der des katholischen Herrn Schwarz in Reichenbach. Und auch hier liegt eine faulidische Lüge vor; denn zur Zeit, als das geschrieben wurde, war der Fall noch gar nicht abgeurteilt. Das ist erst jetzt gekommen, und dabei ist der "Arbeitervorführer" Schwarz freigesprochen worden, die beiden "christlichen" Maurer wurden allerdings verurteilt. Man sieht also, dass alles Beweise an dieser Stelle entweder direkt Lüge oder halbjohle Verleumdung ist. Vermutlich wird sich das Unternehmerräumeblatt auch diesmal um den Beweis bemüht haben,

womit dann wieder einmal die notorische Verlogenheit der von den Scharfmachern ausgebildeten Presse bewiesen wäre.

### Aus anderen Berufen.

\* Die Sonntagsröhre für die Photographengehäuse ist seit dem Jahre 1895, wenn auch gänzlich ungünstig, geregelt, wird aber von den Herstellern noch sehr häufig zum Nachteil ihres Personals umgangen. Der Verband deutscher Photographengehäuse wendet sich daher an die organisierte Arbeiterschaft mit der Bitte, photographische Ateliers Sonntags nicht vor 10 Uhr vor und nach 2 Uhr Nachmittags aufzufachen, was wir unsere Kollegen wohl zu beachten bitten.

\* Von der russischen Gewerkschaftsbewegung entwirkt das russische Bulletin ein trübes Bild. Es berichtet über die Gewerkschaftsbewegung im Moskauer Industrieraum. In der Nr. 14 des "Gewerkschafts-Anzeiger" — dem Organ der Organisationskommission für die Einberufung des Gewerkschaftstagess — wird die überaus traurige Lage der Gewerkschaften im Moskauer Industrieraum geschildert.

In diesem Raum ist die Textilindustrie vorherrschend und die ersten Städte nehmen ebenso wie nach Angabe der Gewerkschaften, so auch nach Angabe der Gewerkschaften, die Lage außerordentlich verändert. Der leichte mischglückte Streit und die Auflösung der Gewerkschaften haben breite Massen der Arbeiter von ihnen abgeschnitten, so daß viele Gewerkschaften ihre Existenz aufzugeben mußten und in den übrig gebliebenen hat sich die Zahl der Mitglieder ungeheuer vermehrt. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften der Textilindustrie übersteigt wohl jetzt kaum die Zahl von 5.000.

Nicht besser ergiebt es den Gewerkschaften der Metallarbeiter. Zum Beispiel von den mehr als 2000 Mitgliedern der Moskauer Gewerkschaft sind jetzt nur noch einige Hundert Mitglieder übrig geblieben. Genau so steht es in den anderen Branchen aus.

In Moskau selbst haben von den 52 Gewerkschaften 22 zur Auflösung aufgefordert; neun der stärksten Organisationen mit einer Mitgliederzahl von 11% Tausend sind der Auflösung verfallen, 18 Gewerkschaften mit 5½ Tausend Mitgliedern (Wäscher, Bodenreiniger usw.) infolge innerer Auseinandersetzungen. Von den geschlossen gelang es zweien, wieder legalisiert zu werden; jedoch bestehen illegal. Leichteres jedoch ist nur den bedeutendsten gelungen (wie den Arbeitern des graphischen Gewerbes, Metalls, Textilarbeitern usw.), aber auch nur um den Preis einer Veränderung von 50 bis 90 pft. die Mitglieder im Vergleich mit dem Bestand im Mai d. J.

Man muß einen allgemeinen Indifferenzismus der Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften im Moskauer Industrieraum fast ohne Ausnahme feststellen. Als Hauptgrund der wachsenden Gleichgültigkeit der Arbeiter, sowie des Verfalls der Gewerkschaften muß man die unerhörten Repressionsmaßregeln der Regierung ansehen, die den Arbeiterorganisationen nicht die geringste Möglichkeit ließ, irgend welche Tätigkeit zu entfalten.

### Eingegangene Schriften.

"Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer). Heft 4 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir her vor: Robert Blum. — Die Engländer in Ägypten. Von Theodor Rothstein. — Zur Geschichte des preußischen Dreieckszenwahlsystems. Von Paul Hirsch. — Die Heimarbeitersstellung in Frankfurt a. M. 1908. Von Willy Dittmann. — Das Wachstum unserer französischen Brüderpartei. Von Louis Dubreuilh. — Literarische Rundschau: E. Mahler, Marxismus und soziale Entwicklung. Von K. & Dr. Paula Gutzeit, Die Bodenreform. Von Julius Deutsch. — Notizen: Der Jüdische Arbeiterbund. Von A. L.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteuren zum Preis von M. 3,25 pro Quotient zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

### Vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts:

Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1908. Dieser in den Arbeiterkreisen allgemein beliebte Kalender bringt auch in diesem Jahre wieder eine Reihe äußerst nützlichen Materials für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Der vorliegende neue Jahrgang enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Die Reichstagswahlen. — Die Augen der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Der Preis beträgt 60 Pf. Erhältlich ist er in allen Parteibuchhandlungen sowie bei allen Kolporteuren.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagess in Essen. Das 416 Seiten starke Protokoll kostet brotfert M. 1, farbtoniert M. 1,25, in dauerhaftem Kaliband gebunden M. 1,50. Zu beziehen ist es durch alle Buchhandlungen, Parteigebäude und Kolporteuren.

Protokoll vom Internationalen Sozialistischen Kongress Stuttgart 1907. Das Protokoll enthält auch die Berichte über die Verhandlungen der Kommissionen. Ein Sach- und Sprechregister erleichtert das Nachschlagen. Der Preis des Protokolls ist M. 1,20, eine billige Ausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen und Kolporteuren.

Die "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 22 des 17. Jahrganges. Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Belegergeld 55 Pf., unter Kreuzband 55 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

Vom Süddeutschen Postillon ist soeben Nr. 22 erschienen, die sich ihren Vorgängerinnen in Wort und Bild würdig anschließt. Schnell und Billig (Postbill) preisen ihre Doppelseitigkeit, der eine schreibt von rechts nach links, der andere reicht ungefehrt. Der Kongress der Freiheitlichen im Brixius Buch 1907 (Postbill) und als drittes Postbill unter "Friedrich"

Peters auf dem Weg zur Realisierung, aber fragt mich nur nicht viel. Die Nummer kostet 10 Pf und ist in allen Parteibuchhandlungen, sowie vom Verlage M. Ernst, München, zu beziehen.

Der "Wahre Jacob" Nr. 22. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: "Das gefährliche Blockspiel" und "Memento mori". Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Briefkasten.

Düren, 2. Niesten. Daß Sie die auf der Baustelle gemachten Neuheiten zu erkennen, sei hiermit konfiant, aber eine diesbezügliche Anzeige nehmen wir nicht auf.

Königsberg, Kr. Die Stimme ist höchstens bald aufknüpfig, Kr. Die Stimme ist höchstens bald aufknüpfig.

Reinbek, C. G. Ein solches Buch ist uns nicht bekannt. Wer als Besitzer derartiges anstrengt will, der muß eben die eigene Phantasie mit zu Hilfe nehmen.

Öbeln. Verhandlungsanzeige kann zu spät.

Nowane. Sterbefall vom 7. Oktober am 21. gemeldet: Papierstock.

Annaberg, G. J. Teile die Adresse noch einmal mit und schreibe die Nummer deutlicher, wir könnten sie nicht zweifelsfrei feststellen.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bahnhofsstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alte Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 Pf.)

Auklam. Am 22. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden unter treuer Verbandskollegin A. Gödtké im Alter von 46 Jahren an Lungenschwindsucht.

Arnstadt. Am 24. Oktober starb unter treuer Kollegin August Hörold im Alter von 51 Jahren an Herzschlag.

Berlin. (Sektion der P. u. Z.) Am 20. Oktober starb nach langem Leiden unter treuer Mitglied Karl Grönig im Alter von 54 Jahren an Lungenschwindsucht.

Biere. Am 21. Oktober starb nach langer Krankheit unser Kollege August Würfel im Alter von 47 Jahren an Lungenerkrankung.

Dresden. Am 23. Oktober starb unser Verbandskollege Theodor Kunath aus Görlitz im Alter von 81 Jahren an Influenza und Neuralgie.

Gießen. Am 26. Oktober starb nach kurzer Krankheit unser Verbandskollege Hans Hergl im Alter von 19 Jahren an Scharlach.

Essen. Am 26. Oktober starb nach längerem Krankenlager unser langjähriges treues Mitglied August Schoft im Alter von 70 Jahren an Unterfützung.

Gera. Am 19. Oktober starb unter treuer Kollegin Emil Halawa aus Zwölfk. b. Gera an einem Halsleiden.

Hannover. Am 24. Oktober starb unser Kollege Karl Klipp im Alter von 36 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Nossen. Am 22. Oktober starb unter treuer Verbandskollegin August Pilz aus Neukirchen im Alter von 62 Jahren an Gehirnblutung. — An demselben Tage starb unser Verbandskollege Louis Krause aus Kreider-Cruna im Alter von 54 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Pforzheim. Am 20. Oktober starb nach einjährigem Leiden unser Mitglied Christian Hofmann im Alter von 31 Jahren an Lungen- und Krebs schwindsucht.

Regensburg. Am 17. Oktober starb unser treuer Kollege Michael Effhauser im Alter von 45 Jahren an Wassersucht.

Müdesheim. Am 24. Oktober starb plötzlich unser treuer Verbandskollege Valentin Morz aus Gießen im Alter von 28 Jahren infolge eines Unfalls.

Siegen. Am 21. Oktober starb unser Kollege Jakob Becker im Alter von 21 Jahren an den Folgen einer erstaunlichen Verletzung am Kopf.

Stuttgart. Am 28. Oktober starb nach langem Leiden unser Kollege Gottlob Riegraf im Alter von 50 Jahren.

Wiesbaden. Am 22. Oktober starb unser treuer, mit einem unheilbaren Leiden behafteter Kollege Christian Braun aus Nordenstadt freiwillig aus dem Leben.

Ehre ihrem Andenken!

### Hof a. d. S.

Der Vorsteckende des Zweigvereins ist Konrad Opitz, er wohnt Graben 32, der Kassierer Eduard Walz, Volkstrasse 82. [M. 1,80] Der Vorstand.

Central-Krankenhaus der Männer usw.

### Tribsees.

Der neu gewählte Vorsteckende, Kollege E. Timm, wohnt Südauerstr. 396. [M. 1,20] Der Vorstand.

Der Kollege Friedrich Limberg, geb. in Württemberg, in Romm, der zuletzt in Kiel gearbeitet hat, wird von seinen Familienangehörigen geführt. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden freundlich gebeten, das mitgeteilt an [M. 1,50]. O. Limberg, Berlin, Gleimstr. 27.

### Soltau.

Sonntag, den 3. November, Nachm. 4 Uhr: Erstes Stiftungsfest bei Fritz Voss.

Sämtliche Kollegen von hier und Umgegend sind hierzu freudig eingeladen. [M. 2,70] Das Vergnügungskomitee.

### Hemer.

Sonntag, den 10. November: Erstes Stiftungsfest im Saale des Herrn Karl Edelhof,

wovon die Kollegen von Hemer, Meident und Umgegend freudig eingeladen sind. [M. 2,70] Der Vorstand.

### Pirna.

Sonntagnachm. 7 Uhr: Dreizehntes Stiftungsfest im Saale des Volkshauses (Weißes Rohr).

Die Kollegen von Pirna und Umgegend sind hierzu freudig eingeladen. [M. 8] Das Vergnügungskomitee.

### Verhandlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Männer.

Berlin. Die für den 24. Oktober anberaumten Versammlungen mussten leider, wie schon durch zweimalige "Vorwärts"-Anzeige bekannt gegeben, infolge des Extremalabends verschoben werden. Dieselben finden am Dienstag, den 12. November, statt und werden noch an dieser Stelle bekannt gegeben.

Freitag, den 1. November.

Sommerfeld. Abends 8 Uhr im Vereinstoile. Mitgliedsbuch mitbringen.

Sonntag, den 3. November.

Elmshorn, Nachm. 4 Uhr bei C. Meier.

Treuenbrietzen. Versammlung fällt aus.

Wittstock, L.-O.: Vorstandswahl.

Zerbst. Nachm. 8½ Uhr im Speichenhof.

Dienstag, den 5. November.

Bitterfeld. Abends 7 Uhr im "Hohenholz".

Guben. Abends 8 Uhr im Vereinstoile.

Liegnitz. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus. Neuerlich wichtige Tagesordnung.

Rohr. Im Saale "Zur Dombergansicht". L.-O.: Wahl des Gesamtverbandes, verhandeln, Referent anwesend.

Striegau. Abends 6 Uhr bei Herrn Sauer. Mitgliedsbücher mitbringen.

Mittwoch, den 6. November.

Königsberg, 5 Uhr im Meiners Restaurant. Mitgliedsbücher mitbringen! Referent anwesend!

Donnerstag, den 7. November.

Danzig. Abends 6 Uhr bei Herrn Steppuhn in Schäßburg. 1. Abstimmung vom 1. Dezember 1907. 2. Volksabstimmung am 1. Februar. Referent: Kollege Hermann Weitmann, 3. Verhandlung.

Glogau. Abends 6 Uhr im "Ratskeller". Referent anwesend. Bücher mitbringen.

Königshütte (O.-Schl.). Im Gewerkschaftslokal, Ringstr. 8. Mitgliedsbücher mitzubringen.

Spandau. Abends 8½ Uhr bei Familie Schönbachstr. 80. L.-O.: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Referent: Kollege B. Brügel-Berlin. Mitgliedsbuch legitimiert.

Freitag, den 8. November.

Berlin, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 16. Abends 8 Uhr.

Sonntagnachm. 11 Uhr.

Lucka I. S.-A. In Kühns Restaurant.

Sonntag, den 10. November.

Coblenz. Im Gasthaus "Goldener Ring".

Cöln. Abends 8 Uhr bei Fugger, Bongesstr. 18. L.-O.: Kassenbericht. Abzüge, Verhältnisse.

Gräfenthal. Bei Kühnens.

Gransee. Nachm. 8 Uhr bei Frau Witwe Franke. Referent kommt.

Werder a. d. H. Nachm. 8 Uhr im Kochschen Hof.

Zielitz. Nachm. 8 Uhr bei Sieb. Referent anwesend.

Central-Krankenhaus der Männer usw.

Sonntag, den 3. November.

Charlottenburg. Abends 10 Uhr im Volkshaus, Rosenthalstr. 3. L.-O.: Abrechnung vom "Dritten Quartal". Wahl eines Revise.

Sonntag, den 10. November.

Berlin, Abends 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 16. L.-O.: 1. Vorstand, 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Verschwendenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.